

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einchl. Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dresden, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 15. Januar 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 6

Erfordernisse auf tariflichem Gebiete

(Fortsetzung)

Am 23. Dezember beschickten wir uns mit Kritikern im „Zeitungsverlag“ über den Werdegang des neuen Tarifs, die neben andern, von uns auch gebührend hervor gehobenen Oberheiten (Bereitschaft zu einem großen Wassergange mit der Gehilfenschaft bei den letztmaligen Tarifberatungen) über die seit langer Zeit vom „Korr.“ gebrachten kostentüchtigen Aufzählungen der „Nachahmenswerten Beispiele“ schweres Unbehagen zum Ausdruck brachten. Weiter erwiderten wir in den „Mitteilungen“ der bayerischen Buchdruckerzeitung in dem Bericht über die Bezirksversammlung in Nürnberg (11. Dezember) eine bezeichnende Stelle; auf gestellte Anfrage wurde nämlich von Vorstandsfeste geantwortet, der Deutsche Buchdrucker verein habe ausdrücklich eine Wellung ergeben lassen, besondere Weihnachtsgelöhne abzulehnen. Daß in dieser Form die Sache nicht klären konnte, obwohl das ganz den Erwartungen der allzeit Zugehörigen entsprochen haben würde, war dann in der „Zeitschrift“ am 24. Dezember zu erleben. Dort wurde in der Versammlung des Kreises II (10. Dezember in Köln) vom Kreisvorsitzenden gesagt, die Gehilfen verhalten sich auf ihn ihnen im Tarifausgleich angeblich gegebenes Versprechen hin einen Wochenlohn als Weihnachtsgabe zu erhalten. Eine solche Zusage sei jedoch nicht in Berlin gegeben worden; gegen die Gewährung eines nach den eigenen Verhältnissen zu bestimmenden Weihnachtsgelöhnes solle und könne aber nichts einwendet werden, weil das ja sowieso vielfach alter Brauch sei. Diesen Standpunkt können auch wir als richtig anerkennen; denn tatsächlich war der noch am vorherigen Beratungstag unternommene Versuch, angesichts der zu niedrigen Steuerungsulage eine Sondergewährung zu Weihnachten zu erzielen, mißglückt, worüber wir ja auch in den Tarifartikeln Mitteilung gemacht haben. Unsere Prinzipalfürsorge konnte also nicht mit dem Verbands der Berliner Metallindustriellen über einen Stamm geschlossen werden, welcher nach dem in der „Freiheit“ abgedruckten Ukas zu Weihnachten in schriftlicher Form seinen Mitgliedern jedwede Zuwendung an ihre Arbeiter verbot.

Was sich in unserm Gewerbe diesmal gezeigt hat, be rechtigt zu der Behauptung, daß die vielen Weihnachtsgewährungen eine Verurteilung der letztmaligen Steuerungsulage darstellen. Wir haben schon am 14. Dezember in einem „Appell zu werktätiger Hilfe“ den Prinzipalen nahegelegt, eine freiwillige Korrektur an den Steuerungsulagen vorzunehmen, weil die offizielle Prinzipalspolitik das Leben mit Scheuklappen ansieht und mit den der Gehilfenvertretung gegenüber bis zur Erschöpfung geführten Kämpfen um winzige 10 bis 20 Mk. den Boden des Gewerbes, dessen Gemeinamkeit immer so hiederemännlich betont wird, mit Sprengschiffen förmlich unterminiert. Wir haben auch noch für die Invaliden ein Wort eingelegt. Am 23. Dezember aber haben wir dem im „Zeitungsverlag“ gar zu undipomatistisch zum Ausdruck kommenden Schmerz über die „Nachahmenswerten Beispiele“ einen Trumpf aufgesetzt und nun erst recht die Fortführung dieser Auszeichnungsliste angekündigt und hier wie in dem früheren Fall ausdrücklich erklärt, daß keinerlei Zwang ausgeübt werden dürfe.

Sedoch hätten wir selbst nicht geglaubt, daß unsere Kollegen sich diesmal zu Weihnachten so abschneiden würde. Es ist ja nicht von der Hand zu weisen, daß im vergangenen Jahre gegen die „Nachahmenswerten Beispiele“ schon im geheimen Krieg geführt worden ist. Infolgedessen ist es zu einer Verringerung der auszuübenden Verhältnisse gekommen. Wenn unsere Organisationsleitung, die Gehilfenvertretung und der „Korr.“ nicht so häufig und energisch gegen das von der Arbeiterorganisation eine Zeitlang ziemlich ungeniert betriebene Einwirken auf die Prinzipale, sich auf keinerlei Sondergewährungen drucker- oder ortswesig einzulassen, aufgetreten wären, hätten wir noch weniger „Nachahmenswerte Beispiele“ aufbringen können und die Kollegenschaft wäre materiell mehr im Nachteil gewesen.

Unsre Kollegen werden es mit Freude, aber so mancher Prinzipal und Zeitungsverleger mit ganz andern Empfinden wahrgenommen haben, wie sehr in den letzten Wochen die Zahl der zu irgendwelchen Gewährungen bereiten Firmen wieder gestiegen ist. In welchem Maße das aber tatsächlich geschehen ist, davon kann sich niemand eine Vorstellung machen, auch die Redaktion nicht. Es ist uns nämlich aus vielen größeren Orten mitgeteilt worden, daß diesmal die Prinzipale bewilligungsbereiter gewesen sind, aber mehr als sonst sei der Wunsch ausgesprochen worden, nichts darüber an den „Korr.“ verkaufen zu lassen. Dann hat man uns in größerer Anzahl wohl nähere Meldungen gemacht, indes ist ausdrücklich von den Vertrauensleuten oder von den Verbandsfunktionären, zum Teil auch von den betreffenden Geschäftsleitungen, gewünscht worden, es solle keine Veröffentlichung stattfinden. Die indirekte Mitarbeit für die Rubrik „Nachahmenswerte Beispiele“ muß also doch recht ungenügend gesehen werden. Weiter sind von uns auch Ausschreibungen vorgenommen worden. Wenn eine Firma gar zu „nobel“ sich aufhält, bei den Reine machefrauen mit 3 Mk. anfängt und bei den Gehilfen mit 20 Mk. aufhört (Wachem in Köln) oder in ähnlicher Weise ihr „soziales Verständnis“ bekundet, oder wenn eine andre die Betriebsvorschriften ausnimmt oder sonstige Zurücksetzungen vorgenommen wurden, dann lassen wir derartige Aushängeregulare, wie unsre beruflichen Mitordnern sagen würden, einfach hinter dem Vorhange. Demgemäß kann man getrost sagen, daß die meisten Zuwendungen jetzt um die Weihnachtsgabe nicht im „Korr.“ veröffentlicht worden sind.

Trotzdem ergibt sich eine solche starke Zunahme, daß selbst den die Steuerungsulagenpolitik noch als zu weitgehend beurteilenden Prinzipalen die Erkenntnis kommen muß, daß die Gehilfen mit ihrer Behauptung recht behalten, die Prinzipalfürsorge frage am meisten zur Beurteilung des Gewerbes bei durch die ihr meistens in zu niedrigem Maß abzurückenden Steuerungsulagen. Wir haben eine Gegenüberstellung der drei letzten Jahresaus- und Übergänge vorgenommen, und zwar jedesmal vom 1. November an bis zu Nr. 6 des andern Jahres. Da zeigt es sich denn, daß in dem angegebenen Zeitraume von 1919/20 die Sondergewährungen einen Rückgang von 61 Proz. aufwiesen. 1918/19 war durch den Ausbruch der Revolution für besondere Anstrengungen sehr geeignet, obwohl beim Jahresübergange die vom Deutschen Buchdruckerverein ausgehende Obstruktion gegen die Steuerungsulage Nr. 6 (siehe in Nr. 4 darüber den ersten Artikel) noch viel verdrarb. Vom November 1920 an aber bis einschließlich Nr. 6 von 1921 ist die Steigerung gegen 1919/20 außerordentlich groß, nämlich 315,4 Proz., und auch über 1918/19 geht sie noch mit 62 Proz. hinaus. Dabei ist wohl in Betracht zu ziehen, daß für diese Gegenüberstellungen nur die im „Korr.“ erschienenen „Nachahmenswerten Beispiele“ in Betracht kommen.

Wir könnten also höchst zufrieden sein mit der Weihnachtsgabe, wenn nicht der ungenügende Ausfall der Steuerungsulagen die Veranlassung zu solchen für die davon Einbezogenen an sich ja erfreulichen Nachkorrekturen wäre. Den Vergleichszeitraum haben wir deshalb so gewählt, weil am 1. November 1920 eine neue Steuerungsulage in Kraft trat, 1919 am 15. Dezember und im Jahre 1918 am 1. Dezember die zweite Rate von Steuerungsulage Nr. 5 sowie am 1. Januar 1919 Steuerungsulage Nr. 6. Da nun nach der Zahl wie nach der Höhe beim letzten Jahresübergange die Sondergewährungen weit vorantreten, so ist ohne weiteres damit bestätigt, daß die Steuerungsulage Nr. 13 gar nicht vereinbar ist mit den tatsächlichen Verhältnissen.

Im einzelnen wäre manch kritisches Wort zu sagen, wir beschränken uns aber auf ein paar markante Gegenüberstellungen. In der „Graphischen Welt“ (8. Januar) schildert ein Faktor in berechtigter Bitterkeit seine Stimmung am Weihnachtsvorabend: Das Personal hat eine Weihnachtsbeihilfe erhalten, es hat auch Kinderzulagen gegeben, aber den Faktor läßt man leer ausgehen. Es kommt aber auch vor, daß in Großbetrieben die Faktoren

und höheren Angestellten mit 1000 Mk. und mehr bedacht wurden, während das technische Personal mit einer geringen Summe für die Kinder abgelpflicht wird. In Köln hat die große Firma J. B. Bachem mit einem gefühlvollen Anschreiben dem Personal eine „Weihnachtsgabe“ von 20 Mk. oben anfangend überreichen lassen, in einem kleinen Ort unweit Leipzig aber haben die Lehrlinge schon 50 Mk. erhalten! In Sena hatte sich die gesamte Gehilfenschaft am 15. Dezember in Anbetracht des Hoffandes an die Prinzipalfürsorge um eine einmalige Beihilfe gewandt. Zwei Tage vor Weihnachten erfolgte ablehnender Bescheid: Die außerordentlich belasteten steuerlichen und tariflichen Verhältnisse wolle die mißglückten wirtschaftlichen Zustände erlauben nicht, Forderungen zu bewilligen, „die in anderer Form längst in die Tat umgesetzt worden sind“. Fast alle Senaer Betriebe hätten unter großen Opfern ihren Personal über schwierige Zeiten hinweggeholfen (worüber die Kollegen in Sena anderer Meinung sind). Eine „einfachvolle Gehilfenschaft“ müsse sich doch klar darüber sein, daß „ihre derzeitige Tarifpolitik“ (womit Gleichstellung der Ledigen mit den Verheirateten gemeint ist) die Verhältnisse zumungunsten der Verheirateten beeinflussen müsse. In „Gällen dringender Notlage“ werde auch künftig „bewährten Mitarbeitern“ geboten werden. Was in Sena unter allem möglichen Vorwande nicht ging, hat aber ein gewissermaßen benachbarter Druckort von schon einiger Bedeutung (wir dürfen ihn nicht nennen) bzw. der ganze Bezirk auf eine Eingabe hin und mittels Verhandlungen ganz annehmbar zugeweg gebracht. Die verheirateten Gehilfen und Hilfsarbeiter erhielten 100 Mk., die ledigen 50 Mk., Witwen mit Kindern und eigenem Hausstande 30 Mk., weibliches Personal, Lehrlinge usw. 20 Mk. Hierfür kamen 400 Personen in Betracht. Einige andre Firmen gingen über diese Höhe hinaus unter Verdoppelung und anderweitig. Hier spielte die „derzeitige Tarifpolitik“ der Gehilfen also keine Rolle.

Solche Ungleichheiten: in einem Druckorte völlige Ablehnung, in einem benachbarten ganz gutes Entgegenkommen, illustrieren aber, daß bei dem System der Freiwilligkeit doch noch zu viel leer ausgehen. Deshalb muß auf der ganzen Linie der Not mehr Rechnung getragen werden, und daß das geht, dafür sind die vielen nachahmenswerten Beispiele der beste Beweis.

Die dringende Notwendigkeit einer neuen Steuerungsulage ist nach dieser prinzipiellen Wertung der weihnachtlichen nachahmenswerten Beispiele also noch einmal gegeben. Wenn darunter kritische Leistungen nicht fehlen, so sind das doch Nebenercheinungen, das Ergebnis im ganzen ist erfreulich und im besondern konnten oftmals recht erstaunliche Zuwendungen verzeichnet werden. Wir behaupten rundweg, daß das meiste in der richtigen Erkenntnis über die Möglichkeit der Steuerungsulage ab 1. November gegeben worden ist. Das war eine Kapitulation der Prinzipalsdiplomatie vor dem Labendruckergeselle neubrandenburgischen Angedenkens (April 1890) in der Provinz, der erhebliche Stärkung fand in der letztmaligen Zeitungsverlegervertretung, die in ihrer Repräsentation mit sozialem Ede gar nicht sparke, faktisch aber nur der Briefträger war für jene Provinzprinzipalskategorie, die der einstmaligen Junkt Onkel Blantes alle Ehre macht, was keineswegs eine Anerkennung ist. Wer bei den 10, 15 und 20 Mk. noch von einer „außerordentlich hohen Steuerungsulage“ sprechen und die nachahmenswerten Beispiele geradezu als gewerbetreibend bezeichnen kann, wie es der tarifartikeln Zeitungsverleger als Verhandlungsführer im „Zeitungsverlag“ getan hat (siehe „Korr.“ Nr. 147 v. J.), der ist noch weit zurück, der ist nicht zuletzt mitschuldig daran, daß in der Arbeiterkraft unsres Gewerbes die Unruhe nur noch größer wird. Wenn to ein Kleinrentner, wie der in der „Buchdruckerwoche“ die Fahne der Rebellion erhebende Prinzipal Bachmann in Baalsdorf vor Leipziger Toren — die „Buchdruckerwoche“ scheint damit einen von der „Zeitschrift“ abgelehnten Artikel als nicht nachahmenswertes Beispiel von Solidarität aufgenommen zu haben —, und der für Sonderwege auch

immer härker inthalerende Herr Kappel (Regensburg) auf einer Prinzipalsitzung in Nürnberg ebenfalls mit Unmarck aus dem Deutschen Buchdruckerverein drohte, dann darf das doch nicht als ausschlaggebende Zeiterklärung beurteilt werden. Unsere Organisation müßte demnach auch den in das kommunikative Fahrwasser geratenen Extremitäten in ihrem Standpunkt und in ihren so widerspruchsvollen Forderungen, wie sie das zur Abstimmung losgelassene Flugblatt veranschaulichte, nachgeben. Dann wären hüben und drüben aber Gegenpole gegeben, die aus dem Kurzschluß gar nicht mehr herauskommen ließen.

Wir beaupten vielmehr, daß nicht die noch von neubrandenburgischer Strauer- und Ladendruckerpollitik besessenen lauten Prinzipalsitzungen, sondern die nach unserer Zusammenstellung zu Hunderten Mißgewährenden den wahren Standpunkt und den richtigen Maßstab angeben. Wir behaupten ferner, daß die Großstadtprinzipale entweder aus Besorgnis vor einem Auseinanderfall ihrer Organisation oder aus der ihrer eignen Zueignung und gewerblichen Kurzsichtigkeit entspringenden Verächtlichkeit gegen die nach agrarischem Rezept urkräftig schreitenden Inhaber der Klein- und Zwergebetriebe die Gefährten geworden sind. Tatsache ist und bleibt aber, daß mit den nachahmenswerten Beispielen gerade aus der Provinz die von jeder falsche Steuerungsulagenpolitik höchst widerlegt wird! Man muß auch die preistatistische Seite hierbei gebührend in Betracht ziehen, und da ergeben sich dann Schlüsse, die doch recht bedenklich sind für das, was gemeinhin Gewerdepolitik genannt wird.

Aber so begrüßenswert wir es von unserm Standpunkt finden, wenn solchermassen die offizielle Prinzipalsdiplomatie als falsch erwiesen wird, und zwar aus an sich nur anzuerkennenden Motiven der gewährenden Firmen heraus, so muß gerade auf Grund unserer weiter voraus gemachten Feststellungen über den erreichten Umfang der freiwilligen Leistungen gefordert werden, an deren Stelle eine die Allgemeinheit verpflichtende neue Festsetzung zu treten. Es dürfen sich nicht welle so viele Prinzipale schonen und nicht darunter ein doch noch ansehnlicher Teil der Gehilfenschaft leben, sondern alle müssen zu einer angemessenen Mehrleistung herangezogen werden, was auch nach dem neuen Tarif nur durch eine neue Steuerungsulage geschehen kann, weshalb diese das zur Zeit größte Erfordernis auf tariflichem Gebiet ist. Faktisch fällt die Beweislührung dafür nicht schwer, sie ist sogar durch die beiden Abhandlungen „Die Bilanz unserer Lebenshaltung“ in den Nummern 4 und 5 schon in weitestem Umfang erbracht, logisch aber haben die nachahmenswerten Beispiele ihr die Möglichkeit durchaus gegeben.

Es wäre von uns nicht zu verantworten, wenn wir daraus für unser Gewerbe eine glänzende Lage herleiten wollten. Die besteht heute nicht, wie sie früher nicht vorhanden war. Der Buchdruck ist trotz der Presse ein von der allgemeinen Konjunktur viel zu abhängiges Gewerbe. Diese hat sich aber wieder verschlechtert, wie die neuerdings eingetretene Zunahme der allgemeinen Arbeitslosigkeit es anzeigt. Sie wäre jedoch weniger groß, wenn nicht die Maxime des nachkriegszeitlichen Kapitalismus die des größten Profits geworden wäre, anstatt wie nach dem früher viel üblich gewesenen Grundsatze zu handeln: Großer Umsatz, kleiner Nutzen. Wenn das mit dem kleinen Nutzen auch nicht so buchstäblich zu nehmen war, so ist es jetzt doch weit mehr zu dem volkswirtschaftlichen Anflug gekommen, daß auch bei kleinem Abgabe größter Nutzen erzielt wird. Daß unsere Volkswirtschaft von vielen Hemmnissen bedrängt ist, wozu die Siegerländer mit Ausnahme von Amerika das meiste beitragen, steht ja fest, ebenso sicher aber ist die sich in Erzeß bewegende Preispolitik ihr ein schlimmer Schaden. Im neuen Jahre hat man den Dividendenlegen schon wieder in der zur Norm gewordenen Reichlichkeit stehen lassen und mit den Kapitalkörbungen nimmt es auch seinen von unheimlichen Profitmachten zugehenden Fortgang. Da müßte es eigentlich begrüßt werden, wenn eine Leipziger Werkdrucker Ende November 1920 der Firma Bachem in Köln das Angebot machte, für ihren Verlag wieder zu drucken, da sie augenblicklich weniger beschäftigt wäre. Wenn jedoch die Kobersberger Buchdruckerei, um die es sich hier handelt, statt 950 Proz. Steuerungsulage nur 600 Proz. der Kölner Firma zu berechnen verspricht, dann muß das in mehrfacher Hinsicht zu Bedenken führen. Die genannte Leipziger Werkdrucker macht schwerlich solche Angebote zum ersten Male, wir kennen sogar aus guter Friedenszeit derartige Leistungen, aber sie ist ein durchaus tarflich und auch sonst geordneter Betrieb. Ob die Behälter lediglich zur Verhütung von größerer Arbeitslosigkeit so gebildet haben - es wird fastlich meistens re. hirt: gearbeitet -, ist nicht so einfach zu entscheiden. Die gehäufte sonstigen Klagen über Zunahme von Scheudersangeboten sind wohl auch ein mangelnder Bewältigung zu finden. Aber sind solche unständlichen Preisnachlässe und die vielen Sonderbewilligungen nicht ganz unvereinbar mit den am Verhandlungstische zum Überdruß gebühlen Anzeigern über den angeklagten schon in Anbruch begriffenen Staatsbankrott unseres Gewerbes?

Die gegenwärtige Lage auf dem Materialmarkt ist, wie der zweite Artikel in dieser Nummer es erkennen läßt, nicht so ungünstig, daß die Prinzipalität mit dem jetzigen Preisstande den Beweis führen könnte, es sei unter solchen Umständen dem Abschluß einer neuen Steuerungsulage noch nicht näherzutreten. Für den Zeitungsverlag hat sich allerdings die Situation durch die nunmehrige Erhebung der beträchtlich erhöhten Postgebühr etwas verschlechtert. Aber der Ausweg durch entsprechenden Aufschlag auf den Postbezug ist zum Teil schon vom 1. Januar an gefunden worden und wird allenthalben noch bestritten werden.

Die Lage der Gehilfenschaft aber ist derartig, daß auch bedenkliche Momente und selbst die von der Gehilfenschaft und vom „Korr.“ immer in Berücksichtigung geogene große Arbeitslosigkeit nicht aufzukommen vermöchten gegen das gebliebene Maß, nachhelfend wieder eingreifen. Die Prinzipalität hat sich das jeweilig schnellere Tempo selbst zuschreiben; es ist noch immer so gewesen, wenn bei Verhandlungen nicht einmal für die abgelaufene Zeit genügend nachgefragt wurde. Wer die in Nr. 4 gebrachte Zusammenstellung der jetzigen Steuerungsulagen aufmerksam durchgesehen hat, muß objektiv sagen, daß dies ja mehr einen Leidenspfad für die Gehilfenschaft darstellt als mit der wirklichen Steuerung in Einklang stehende Lohnaufbesserungen. Es gibt längere und kürzere Perioden, einstmals ausreißende und ganz schlechte Bewilligungen. Die Gehilfen haben manchmal infolge zu großer Entfernung vom Erlösminimum die vereinbarten Fristen nicht einhalten können, sie sind einmal aber sogar selbst zur Verlängerung der Geltungsdauer gezwungen. Auf keinen Fall können die buchstäblich darben Buchdrucker sich Anrempelungen gefallen lassen wie von dem Berliner Professor Gustav Koethe, der (siehe 148 v. J.) von „tollen Lohnansprüchen der Setzer und Drucker und Buchbinder“ sprach, und von dem Geheimrat v. Bode in milderer Form, wie sie in dieser Nummer an anderer Stelle behandelt und zurückgewiesen werden. Das wäre ja zum Schaden noch die Verböhnung.

Ein sehr bezeichnender Vorgang in der Prinzipalsversammlung in Köln am 10. Dezember (siehe „Zeitschrift“ Nr. 52 v. J.) war es, als ein Vertreter aus Düsseldorf erklärte, daß, wenn im allgemeinen mehr bewilligt worden wäre, man in Düsseldorf heute wahrscheinlich keinen Streik haben würde. Man müsse unbedingt dafür eintreten, daß im Tarifausschusse höhere Löhne für die Allgemeinheit der Gehilfen bewilligt würden. „Das ist vollständig zu unterschreiben! Die Methode, im Tarifausschusse aus lauter Angst vor der Provinz die Steuerungsulagen auf ein ganz unzulängliches Maß herabzudrücken, was übrigens für manche - nicht für alle!“ - Großstadtvertreter ein glücklicher Vorwand geworden ist, auch bei ihnen der Politik der Kurzsichtigkeit nachzugeben, ist ja schon fast zu Manie geworden. So kann und darf es nicht weitergehen! Größere oder kleinere Explosionen, hier und dort und dort und hier besondere Zulagen sind die Folgen solcher und gesährlichen Taktik. Gefährlich für beide Teile, denn der Fall Düsseldorf hat, wie wir schon während seines Bestehens sagten, Gehilfen und Prinzipale schwere Nachteile gebracht und für die Gehilfenschaft im allgemeinen den ebenfalls bereits erwähnten Bedenklichkeitschluß, daß nach dem noch über Bremen hinausgehenden Erfolge mit einer eignen technischen Vorhilfe auch der Gesamtteil der Gehilfen mehr Widerstand entgegenzusetzen werden könne. Wir haben deshalb bei dem Erscheinen der Darstellung aus Düsseldorf in Nr. 147 auf unsre grundsätzliche ebenso klare wie einschneidende Beurteilung des Falles Bremen (Nrn. 44 und 50) hingewiesen und können jetzt nur ermahnen, wenigstens nach dem Düsseldorfer Falle daraus zu lernen, daß mit solchen eigennützigen Sandlungen nicht nur schwere Selbstschädigung herausbeschoren wird, sondern daß auch der Allgemeinheit der Gehilfen daraus Widerstände erwachsen, die man ohne solche Vorgänge doch nicht so finden würde. Es hat ja fast den Anschein, daß die abermalige Einberufung des Tarifausschusses auf Schwierigkeiten stößt, die auf den Fall Düsseldorf zurückgeführt werden könnten.

Wir können der offiziellen Prinzipalität, die Kreisvertreter also einflusslos, nur dringend raten, von solchen Geschlüssen Abstand zu nehmen. Schon im nachherigen Falle Danzig hat es sich gezeigt, daß gehilfenförmig nicht immer alles auf die äußerste Spitze getrieben wird, und nun auch der Ausgang ein besserer ist. Die Gehilfenschaft hat bei Eingehen der Kündigungfrist für die letztmalige Steuerungsulage deutlich zum Ausdruck gebracht, daß sie davon bald Gebrauch machen werde. Wir hören heute noch die Erwiderung eines juristisch gebildeten Prinzipalsvertreters darauf, daß damit ja zu rechnen sei. Wenn also von der Gehilfenschaft wie von der Gehilfenschaft in aller Form Antrag auf Einberufung des Tarifausschusses gestellt worden ist, so sollte diesem nicht erst heute oder gestern ausgeprochenen Verlangen auch baldigt Rechnung getragen werden. (Die in dieser wie in voriger Nummer durch zwei Einwendungen aufgeworfene Frage nach neuen Verhandlungen bzw. fröh darauflos gestellte Behauptung des Gehens und Geschebens ist also sowohl

erledigt, ebenso sind es die vielen Anfragen durch bloße Zuschriften. Wie wir vernehmen, wird nunmehr der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins mit dem erweiterten Stabe zu einer Sitzung nach Leipzig einberufen; es muß erwartet werden, daß diese durch den Gehilfenantrag hervorgerufene Stellungnahme zur Situation möglichst schnell erfolgt.

Was sollen wir noch zur Begründung anführen, wenn das Buchdruckerereignis nun über 4000 Mh. zurückbleibt hinter dem von der Reichsstatistik für die Zeit vom Februar bis November 1920 errechneten bescheidenen Erlösminimum? Wenn Calmer nach unserer letztmaligen Steuerungsulagenfestsetzung, für die nur erst der Stand im September nachgebend sein konnte, allein für die Hauptabnahmsmittel wöchentlich um 83 Mh. höhere Ausgaben für eine vierköpfige Familie im Oktober und November nachweist? Wo ist der großer Meister, der das Rätsel lösen könnte, wie dagegen mit 10, 15 und 20 Mh. wöchentlich etwas ausgerichtet werden kann? Einmalen die viel zu hohe Steuerabgabe mit den dazu von den Gemeinden usw. erlundenen Erlassungen nicht zu erschwingen ist, die Mieten jetzt wie Eichdrücken klettern und die von Sinnes- und Konferten zur Volksauswucherung noch stärker nutzbar gemachte Kohle das Leben eines Buchdruckerprofien noch besonders angenehm machen. Wer von den Prinzipalen die Vergleichszahlen in den Artikeln „Die Bilanz unserer Lebenshaltung“ (Nr. 4 und 5) sich zu Gemüte geführt hat und dann von seinen Gehilfen sich die von andern Arbeitern inzwischen erlangten Löhne aufzählen läßt - sogar in Leipzig wäre das angebracht - und ringsum die Beamten und Staatsarbeiter nach aufwärts drängen sieht, der muß als ehrlicher Mensch selbst sagen und dafür eintreten, daß schleunigst eine Erhöhung der letzten Steuerungsulage stattfinden.

Diesmal werden uns nicht wieder Schwierigkeiten erwachsen durch vorhergehende Verhandlungen der andern graphischen Arbeiter mit unglücklichem Ergebnisse. Die Lithographen und Steindruckere haben kürzlich neue Vereinbarungen getroffen und einhelllich 20 Mh. bis zum Alter von 24 Jahren und 25 Mh. für die über 24 Jahre alten Gehilfen erzielt. Die Chemigraphen und Kupferdrucker erhalten ab 7. Januar die gleiche Erhöhung. Die Lithodrucker vom gleichen Termin an einhelllich 20 Mh. und ab 18. Februar die Verbetrafeten weitere 5 Mh. Die Buchbinder werden in der nächsten Woche zu neuen Verhandlungen kommen, obwohl der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen (Zpi) erst eine Revision des Abkommens vom 30. Oktober abgelehnt hatte. Es ist also an unsrer Prinzipalität, diesen Beispielen zu folgen! Sie tun nur klug, wenn sie sich mit den gegebenen Umständen so schnell als möglich abfinden. Unsere Kollegen eruchen wir dringend, die verächtliche Anzueidenheit darüber, daß unter der aus bürgerlichen „Schamministern“ bestehenden Regierung die Verhältnisse sich im Galopp verschlechtern, zu bemerken, denn zur Anberaumung neuer Verhandlungen bei uns ist alles von Gehilfenförmigkeit gegeben.

Die Lokalzuschlagsfrage müssen wir dem nächsten Artikel vorbehalten. Es sei nur gesagt, daß der Stolze Johannsen in Alerken (siehe dessen Artikel in Nr. 5) sich in Irrtume befindet mit der Behauptung, die neue amtliche Ortschafteneinteilung sei schon erledigt.

Vom Materialmarkt des Gewerbes

Die Preise für Papier und für Materialien des Buchdruckerwesens waren auf einer Höhe angelangt, die bei einer weiteren Anhebung zu einer Katastrophe führen mußten. Die Druckereien hatten namentlich infolge der hohen Papierpreise eine Höhe erreicht, die Behörden, Verleger, Körperschaften und Private ablehnten, Aufträge ausführen zu lassen. Vergrößerte Arbeitslosigkeit, sogar Stilllegung der Betriebe oder doch Einschränkung waren die Folge. „Abbau der Preise“ war dann das Stichwort, das die wirtschaftliche Lage entspannen sollte. Proteste der Gehilfenschaft und der interessierten Kreise sowie Vorstellungen bei der Regierung haben vermocht, den Abbau des bisher teuersten Verarbeitungsproduktes, des Papiers, durchzuführen.

Von dem Höchststande des Zeitungspapiers (Rollenspapier 410,50 Mh., Formatpapier 420,50 Mh.) ist der Preis im September auf 393 Mh., im Oktober auf 336 Mh., im November-Dezember auf 300,50 Mh. gefallen. Auf diese Preise wird eine Rückverteilung von 87 Mh. für das Silogramm gewährt. Diese 87 Mh. erhalten die neugegründeten Zeitungen, ältere je nach der Größe 70, 80 und 90 Proz. Die meisten Tageszeitungen werden 90 Proz. bekommen, das sind von 87 Mh. 78,3 Mh. Die Auszahlung ist zuletzt für das dritte Vierteljahr 1920 um die Jahre-wende erfolgt. Für das vierte Vierteljahr 1920 soll ebenfalls die Rückverteilung gewährt werden. Ob sie dann im neuen Jahre beibehalten wird, ist noch fraglich. Diese Verbilligung ist auf einer Vereinbarung begründet, die der sogenannte Kartellminister mit der Regierung getroffen hat. Der Papierindustrielle Herrmann will zu einem höheren (240 Mh.) Preise Papier an das Ausland abgeben und aus diesem Mehrverdienst den Verlust der Preisfestsetzung decken.

Zur Zeit ist von Papiermangel nicht zu reden. Papier ist sogar im Überflusse da. Die Wirtschaftsstelle für das

Zellungsgerwebe läßt deshalb schon einige Erleichterungen in dem Bezug und in dem Verbräuche zu. Sie hat eine Bekannmachung erlassen, die in der Hauptsache belagelt: Die Einblendung von Bezugsgeldern fällt fort; der direkte Verkehr mit dem Lieferanten wird freigegeben. Die Verbrauchsangaben werden bloß noch vierstellig (bisher monatslich). Die Abgaben an die Wirtschaftsstelle erheben die Lieferanten, die infolge der Vereinfachung wesentlich herabgesetzt sind. Die Zellungen, die täglich nur vier Seiten herausgeben dürften, können bis 28 Seiten erscheinen. Auch den in der Zukunft zurückgegangenen Zellungen wird in Zukunft das Bezugsrecht nur um den über 10 Proz. des Auslieferungsganges hinausgehenden Teil gekürzt; der Spielraum von 10 Proz. verbleibt der freien Verfügung.

Da fast alle Zellungen Rückgang haben, so bedeutet dies ohne Zweifel eine Erleichterung. Der Einnahmeverlust, weil eben genügend Papier vorhanden ist, ein Anreiz zum Mehrverbrauch. Mit dieser Bekannmachung ist der erste Schritt der Lockerung der Rationierung getan.

Diese immerhin etwas künstliche Reduzierung des Papierpreises müßte einer natürlicheren Platz machen. Diese Fächer in der Hauptfache an den hohen Holzpreisen. Bei der Unterlegung der Lage des Buchgewerbes im Vorkaufigen Reichswirtschaftsrats wurde betont, daß die Preise des Holzes, der Kohle und einiger Chemikalien für die Preisgestaltung der Zellstoffindustrie und des Papiers maßgebend seien. Das Papierholz würde im Frieden mit 16 bis 18 Mk. bezahlbar, fiel im Herbst 1919 auf 70 Mk. und steht heute auf 225 Mk. Der Zellstoff ist von 18 bis 19 Mk. auf 350 Mk. gestiegen. Diese Erhöhung liegt nicht allein in den Kohlen- und Holzpreisen, sondern verschiedene Hilfsstoffe sind noch weit höher als das Holz gestiegen. Dazu kommt die Erhöhung der Sulfatpreise um das 30fache und der Sulfatpreise um das 50fache. Die Löhne sollen, da sie früher äußerst niedrig waren und jetzt in drei Staff in zwei Schichten gearbeitet wird, um das 20fache gestiegen sein. Außerdem sind die Fabriken nur zu 42 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Durch Steigerung der Ausfuhr hofft man auf 70 Proz. zu kommen. Bei der Ausfuhr besteht die Verpflichtung, vom Mehrerlöse drei Viertel für den Abbau der Inlandpreise zu verwenden, wenn der Ausfuhrpreis 50 Proz. über dem Inlandpreis steht (sogenannter Hartmann-Konkurrenz). Die damaligen Verhandlungen brachten einen Beschluß, daß eine gemeinschaftliche Regelung der Holzwirtschaft eintritt, die ermöglicht, daß die Befeuerung der Fabriken mit Papierholz zu erschwinglichem Preise erfolgt.

In einer darauffolgenden Sitzung des Vorkaufigen Reichswirtschaftsrats (16. Dezember) wurde die Einberufung eines Ausschusses für Holz- und Forstwirtschaft gefordert. Dabei hat Kollege Selb als neues Mitglied dieser Korporation mit Recht die schwere Beeinträchtigung des graphischen Arbeitsgebietes durch die hohen Holzpreise geltend und auf die Einschränkung der Druckaufträge hingewiesen. Das Arbeitslohnverhältnis ist ein Mangel, das die deutsche Wirtschaftslage vollkommen zugrunde, wenn man die wenigen Rohstoffe, die Deutschland hervorbringt, sich ebenfalls den Weltmarktpreisen angleichen lasse. Man solle, sagte ein Redner, sich den Etat der Landesforstverwaltungen ansehen. In Bayern sei die Einnahmeposition von 35 Millionen auf 1 Milliarde gestiegen. (Hört! hört!)

Die Verbindung des ersten Beschlusses mit der Annahme der Einberufung des Ausschusses für Holzwirtschaft ist jedenfalls gegeben; wir werden sehen, ob die staatlichen Forsten das Papierholz in Zukunft endlich zu billigeren Preisen liefern.

Auch die andern Papierarten haben eine rückgängige Preisgestaltung. Es kosten jetzt:

Nichtagesellungspapier	kg	4,00	Mk.
Mittelfines Werkdruckpapier	"	5,50—6,50	"
Solares Werkdruckpapier	"	9—10,50	"
Mittelfein Post- oder Schreibpapier	"	7,40	"
Solarteil	"	11—11,50	"
Postkartenkarton, holzhaftig	"	7,—	"
Postkarte	holzteil	11,25	"
Solarteil weißer Karton	"	14,—	"

Die Preisgestaltung auf dem Farbenmarkte hat sich in letzter Zeit günstiger gestaltet, und zwar nicht nur im Preise allein, vielmehr sind die Fabriken bestrebt, auch ein besseres Produkt zu liefern, ohne damit sagen zu wollen, daß sie den Vergleich mit der Vorkriegszeit ausbitten. Die Preise sind gefallen, es kosten also:

	Mat 1920	Oktober	Januar 1921
	pro kg	pro kg	pro kg
Zellungsfarbe	11,—	8,50	7,80
Werkfarbe	28,—	26,—	23,—
Mixidens- und Illustrationsfarbe	42,—	38,—	30—32
Bunte Farben	70—90	—	55—65

Die Lage auf dem Metallmarkt ist schwachend: Blei (Stützenweiche) bewegte sich zwischen 580 bis 600 Mark pro 100 kg, Zinn zwischen 55,25 bis 57,50 Mk. pro 1 kg und Antimon zwischen 8,50 bis 8,75 Mk. pro 1 kg. Die Metalle haben zur Zeit wieder steigende Tendenz. Die Preise sind jedoch seit Mat 1920 in fast gleicher Höhe geblieben, nachdem sich der Sturz von 1250 und mehr auf 650 Mk. vollzogen hatte. Die Metalle für Schriftgießerei, Stereotypie und Schmalzmaschinen sind heute trotzdem niedriger als im April 1920. Namentlich die Stereotypie- und Schmalzmaschinenmetalle, die von 1600 Mk. schon auf 600 Mk. für 100 kg herunter waren, heute jedoch wieder zu Preisen von etwa 800 Mk. stehen.

Die Preise für Schriften heute im Gegenlage zu Juni 1920 sind etwa folgende:

	Januar 1921	Juni 1920
	pro kg	pro kg
Broschdrillen	33,50—33,60	46,50
bei 50—99 kg	33—33,30	45,50
Siteldrillen: Weiß	41—41,50	48,10
"	40,20—40,50	47,20
"	39—40	46,50
größere Grade	41,50	48—56
Reibeneinstellungen (Cicero)	24,70—24,90	38,—
Auswahl	25,30	38,—
Durchschlag, 1/4 Weiß	24,80	37,50
Regellen, 1/4 Weiß	23,30—23,50	37—38
Quadraten	24,30	37,—
Sobllatte	—	—

Die Preise für Druckmaschinen dagegen sind bedeutend gestiegen. Eine 16stellige Rotation kostete heute 420000 Mk., gegen 25000—30000 Mk. in der Friedenszeit. Den gleichen Aufschlag haben auch die Schnellpressen, für die 90000—110000 Mk. verlangt werden.

Was die Schmalzmaschinen anbelangt, so wird man eine Typographiemaschine für etwa 42000 Mk., eine Linotype (Doppeldecker) für 105000 Mk. erhalten können. Dabei ist an eine sofortige Lieferung nicht zu denken; es kann ein halbes Jahr dauern. Dann gelten jedoch nicht die jetzt vereinbarten Preise, sondern diejenigen, die infolge Materialsteigerung oder Lohnhöhung von der Mergenthaler Schmalzmaschinenfabrik festgesetzt werden und die z. B. in den Monaten Oktober 1920 bis Januar 1921 nach und nach um 10000 Mk. gestiegen sind. Die Fabriken sind stark beschäftigt; auch die Schrittzenerzeugung und -lieferung sind durch die starken Aufträge belastet.

Matern sind zur Zeit im Preise (von 7,50 auf 5,50 Mk. für den Quadratmeter) gesunken.

Alle diese Produkte spielen bei der Druckherstellung eine bedeutende Rolle. Ob sie aber, abgesehen vom Papierpreis, einen Abbau der Druckpreise bedingen, ist eine Frage, die sich infolge anderweitiger Verteuerungen der Materialien nicht ohne weiteres bejahen oder verneinen läßt.

Der Druckpreis mit seinen Steuerzuschlägen ist gewerbliches Geseh. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß auf dem Preisgebiet ein Chaos herrscht, das die verantwortlichen Organe veranlassen sollte, eine Revision der sogenannten roten Tabellen vorzunehmen, denn Lohnsatz und Preisstufen müßten einmal zu einem Einklange gebracht werden, der den tatsächlichen Verhältnissen mehr Rechnung trägt.

Zeitspiegel

(Rückblicke, Umschau und Ausblicke)

(Schluß)

Am die Jahreswende habe ich mir eine Zusammenstellung gemacht aus den Meldungen der Berliner Tagespresse über die enormen „Fortgeschritte“, die auf dem Wege zur „Entsorgung hinterhergemacht“ werden. „Wenn es nicht zwei Nummern wären, möchte ich sie im „Korr.“ zum Abdruck bringen, aber anderswo bietet sich ja im kleineren Rahmen das gleiche Bild der Verwilderung aller Begriffe von Ehrlichkeit sowie Wein und Wein. Was an dieser äußerst vielfältigen Artinallität alles beteiligt ist, läßt ohne weiteres erkennen, daß Not und Elend durchaus nicht als Beweggrund voranziehen. Sagbar, bequemes Geseh und direkter Gang zum Verbrechen werden in den meisten Fällen dazu antreiben. Allerdings der Krieg als „Stahlbad“ der Nation hat sehr viel verschuldet an dieser moralischen Verkommenheit, von der die großen Salunken immer noch mehr erlabt sind als die Kreise, wo die Not sich eingegraben hat. Der Raub und das Verschlehen von Lebensmitteln und wichtigen Bedarfsartikeln trägt natürlich zu der Verteuerung bei, weil diese Waren an sich nur knapp vorhanden sind.

Die Befeuerung mit Milch an Kranke wird in Berlin immer seltener. Sonderbar ist, daß die vom Magistrat am weitesten bedachten meistens leer ausgehen; so erhalten seit Monaten die Kranken mit 1/4 Literkarten aller acht Tage ein, höchstens zweimal dies bißchen Milch, während die zu 1/2 Liter und mehr Berechtigten nur ganz selten verköhrt werden. Immer wird den Bedürftigsten das Meiste entzogen. Freilich wird den 1/4 Literkarten für die Zeit der Milchlieferung eine sogenannte Kondensmilch zu 8,75 Mk. geboten, diese können sich aber die wenigsten kaufen, und dann ist diese Magermilch dünnflüssig wie Wasser und viel zu teuer. Es fehlt also leider nicht nur sehr an Milch, sondern auch die Verteilung ist nicht richtig.

Ein sonderbarer Vorgang ist es ferner, daß die Eisenbahnwagen dritter und vierter Klasse im Winter kalt gelassen verkehren, während die der zweiten Klasse geheizt sind. Die Reisenden der letzteren sind ohnedies mit Decken und Pelzjachen bis an die Zähne behelmt, außerdem mit Schinken, Brat, Kognak usw. gut versehen, während die ersten manchmal nicht einmal ein Hemd im Winter am Leibe haben. Die ganze Klassenrichtung auf den Bahnen müßte aufgehoben werden, eine gleiche Wagengestaltung und gleiche, mäßige Eisenbahnpreise zur Ein- und Durchführung gelangen. Das demokratische Prinzip auch hier vernünftig anzuwenden, das ist mit eine Aufgabe der nächsten Zukunft für richtige Volksvertreter.

Angerem ist auch die Ablicht des Eisens, den bislang steuerfreien Einkommensteil mit 20 Proz. oder noch höher zu besteuern, auch bei den Erwerbseinkommen bis zu 16000 Mk. jährlich. Das wird schwer fallen, weil ja niemand die neue Steuer bezahlen kann, da bei der Ablichtsteuerung die scheinbar hohen Verdienste so häßlich sind, daß sie nur für Essen und Mele reichen. Da wird wohl der Gewerkschaftsbund vermitteln müssen, um diese neue Zumutung zurück zu machen. Sie sollen Luxus-

steuern einführen: Wer mehr als drei Stuben bewohnt, müßte für jede weitere Stube 1000 Mk., für jedes Luxusautomobil ebensoviel extra an Steuer zahlen. Wer außer einer Stadtmobnung eine Villa bewohnt, sollte nur die eine oder die andre bezahlen dürfen. Denn indem zu meist für eine ganze Familie eine Ein- oder Zweizimmerwohnung ausreichen muß, können Wohlhabende mit drei bis vier Stuben ganz gut zurechtkommen; was darüber hinausgeht, müßte entsprechend hoch besteuert werden. Ebenso für jeden Luxusband 1000 Mk. Stempelsteuer; für ein Reispferd ebensoviel. Alles das alljährlich, verbleibt sich. Der Reichstium verpflichtet; der Nichtbestehende muß geschont werden.

Die Regierenden, die freigeählten Gesehgeber, die Volksvertreter und dann die überflusse Schwelgenden sollten eingedenk sein des „Schiffes der Wiste“: Das Kamel läßt sich Lasten über Lasten aufbürden; sobald es ihm zu arg wird, daß es darunter fast zusammenbricht, stürzt es auf seinen Antreiber und Peiniger, stampft und trampelt so lange auf ihn, bis er ganz platt ist; freilich sinkt es dann selber erschöpft in die Snie, wo es der Tod erkräft, oder bis ein flühender Wüstenwanderer des Weges kommt, ihm die Fesseln löst und die Lasten verringert und das gute, brave Wüstenkamel freilachmend seiner Wege zieht.

Man möge also die Belastung der Werteschaffenden und Nichtbestehenden nicht überspannen und die Lasten vernünftiger und erträglich verteilen, denn — Not bricht Eisen!

Erhebliche Milderungen haben die Vertreter unfer Tarifinstanzen in der Stellenlohnmißere für die Gehilfenchaft nach vielen Anstrengungen erzielt. Von über 1000 Unbeschäftigten im Oktober 1920 ist diese Zahl auf etwas über 400 zu Ende Dezember in Berlin gesunken. Gemiß ein dankenswerter Erfolg. Auch die, wenn auch gewiß nicht reichliche, immerhin aber doch noch errungene höhere Entlohnung muß doch den unausgesehten Bestrebungen der Organisations- und Tarifvertreter anerkennend gebüht werden. Ein Weiterleben in der Besserung unfer Berufsverhältnisse muß aber unbedingt erfolgen, denn wir halten uns dem Existenzminimum noch zu entfernt. Die vernünftiger denkenden Prinzipale müssen auf die anders-gesinnten mehr Druck ausüben.

Die Kollegen Mallin, Albrecht, Robert Braun, Ebel, Grabmann, Seb., der verdiente Kollege Faber (selber zu früh verstorben) und viele andre Wadere, die seit langen Jahren rege die Tarifbestrebungen gefördert und immer etwas erreicht haben, werden von den sachgemäß und billig denkenden Verbandsmitgliedern im besten Sinne wert geschätzt. Der Verband wird den Selnen auch weiterhin ein sicherer Schutzhorn sein.

Es möchte diese Rückschau nun nicht schlehen, ohne der Mitteilungen unfer der Abdruck „Nachdemenswerte Zeitspiele“ anerkennend zu gedenken, die der „Korr.“ im Laufe des Jahres fast ununterbrochen zu bringen in der Lage ist; besonders in den letzten Wochen hat unfer Verbandsorgan lange Spalten mit solchen Zuwendungen gefüllt; Vermächtnisse, wovon nichts im Tarife steht, mit Beiträgen usw., die manchmal Hunderte von Mark pro Mann übersteigen. Vivant sequentes!

Berlin.

S. Krebs.

Wie lange noch?

Dorbel sind die vielen Tage der Tarifberatung. Dorbel sind auch die Tage der papierenen Proteste und Resolutions. Wohl in keinem Druckorte des Reiches war man mit dem neuen Tarif recht zufrieden, über die Erhöhung der Steuerzulage aber war und ist alles im höchsten Maß unzufrieden. Aber unsoziale Verhältnisse der Prinzipale sowie die bei weitem nicht den leuten Lebensbedingungen entsprechende Erhöhung der Steuerzulage wurde allgemein als ungerecht und die Forderung an die Gehilfenvertreter gestellt, sofort Schritte zu unternehmen, durch neue Verhandlungen die Steuerzulage zu erhöhen und den knapp um das Stebenfache erhöhten Friedenslohn den im Durchschnitt mindestens um das Fünffachfache gestiegenen Lebensbedingungen wenigstens einigermaßen anzupassen.

Was ist nun bis heute auf all diese Notrufe veranlaßt worden? Nichts, rein gar nichts ist geschehen! Es ist eben, wie schon immer, bei den papierenen Protesten geblieben. Wie lange noch? Jedenfalls so lange, bis die gesamte Kollegenchaft im Reiche, welche sich mit ihren Familien nach jahrelangen größten Entbehrungen auch heute tatsächlich noch nicht kalteisen kann — an die so nötige Nachschaffung von Bekleidung und Wäsche ist gar nicht zu denken —, von der bittersten Not getrieben zur Selbsthilfe greifen wird.

Außer der letzten Bezahlung im allgemeinen, liegt ferner ein völlig ungelinder Zustand in der Bezahlung der früher über Minimum Entlohnungen. Das Minimum ist durch den neuen Tarif endgültig zum Maximum geworden. Das bei 5 Mk. mehr als das nackte Minimum, von einer Entlohnung über Minimum nicht mehr die Rede sein kann, wird wohl kein Mensch bestre. Die dafür zu leistende Arbeit steht dazu in keinem Verhältnis; wenigstens dort, wo die Kontrolle gleich oder ähnlich ist wie hier. Diefelbe wird hier in der Weise ausgeübt, daß für die von einem oder mehreren Ehemern an einem Werke gearbeitete Stundenzahl neben der Stundenzahl die dem Preise der selben entsprechende Summe von dem Metteur jede Woche eingeschrieben werden muß. Sal z. B. ein Kollege einen Friedenslohn von 33 Mk. und nachdem er in die 10 Proz. Lokalzulageklasse gekommen ist von 33,70 + 195 Mk. Steuerzulage, so erhält er jetzt 228,70 Mk. Das Minimum des neuen Tarifs beträht

151,25 + 74 Mh. Steuerzuschlag = 225,25 Mh. Mit hin bekommt er 3,45 Mh. mehr als das Minimum. Nach der bisherigen Berechnungsweise müßte er, um seinen Lohn zu balancieren, nach dem alten Friedenspreise mit 7 1/2 Proz. Lohnzuschlag bei achtsündiger Arbeitszeit für 29,90 Mh. Gehalt einschreiben. Dazu benötigte er von einem zur Zeit laufenden Werke 14 1/2, Minimum, die 30,02 Mh. kosteten. Für die 3,45 Mh. mehr Lohn müßte er nach der alten Berechnungsweise wöchentlich etwa 1 1/2, Minimum mehr Gehalt leisten als ein Minimumseher. Nach dem neuen Tarif kostet von dem gleichen Werke die gleiche Sahnmenge 172,29 Mh. Wenn nun auf das Minimum von 151,25 Mh. eine Steuerzuschulage von 74 Mh. entfällt, so kommt auf den über Minimum verdienten Betrag von 21,04 ebenfalls ein solcher mit etwa 10,30 Mh. Der neue Preis der 14 1/2, Minimum, gestaltet sich demnach wie folgt: 172,29 Mh. Satzpreis + 74 und 10,30 Mh. Steuerzuschulage = 256,59 Mh., mithin über Minimum verdient 27,89 Mh. Für diese Mehrleistung von 27,89 Mh. bekommt er genau noch wie früher ganze 3,45 Mh. als Gegenleistung. Wenn der über das Minimum gezahlte Betrag analog des neuen Tarifs veranschlagt wird, ist das Geschäft immer noch ganz bedeutend im Vorteil, wie folgendes Beispiel zeigt: Minimum 151,25 + 5 x 3,45 = 172,50 + 74 Mh. = 246,50 Mh. Lohn. Dem gegenüber steht der Satzpreis mit 256,59 Mh. Mithin ein Vorteil von 14,09 Mh. für das Geschäft bei der gleichen Leistung und einer dem neuen Tarif angepaßten Entlohnung. Leider ist seit Einführung der Steuerzuschulage bisher verläumt worden, die über Minimum gezahlten Beträge ebenfalls anteilig mit derselben zu belegen.

Zweck dieser Zeilen soll sein, anzudeuten, daß diese Ungerechtigkeit möglichst bald beseitigt wird und beim Lohnsatz genau wie beim Druckpreissatz verfahren wird. Bei letzterem wird schon seit Einführung der Steuerzuschulage der gleiche Prozentsatz, der auf das Minimum kommt, auch auf die über Minimum geleistete Arbeit gerechnet. Ein gerechter Ausgleich tut hier dringend not. Vorteile für die Prinzipale bietet der Tarif noch genug. Ich erinnere nur an die Staffellung der Ferien, Entlohnung der Ledigen usw. Kein Prinzipal wird einem Auftraggeber sagen, die Arbeit ist von einem Arbeiter geleistet, der keine oder nur wenige Tage Ferien hat, oder von einem Ledigen, der weniger Lohn erhält. Desgleichen möchte ich einmal hier die Frage aufwerfen: Werden in allen Betrieben die gesetzlichen Bestimmungen, die für die Prinzipale ungünstig sind (Bundesratsvorschriften, Schwerekräftbeschäftigten-Fürsorgebestimmungen sowie Demobilisierungsbestimmungen usw.) reiflos eingehalten? Bei einem nicht ganz unweifenlassen Teile gewiß nicht, da wird wohl noch vieles auf das Konto „Streik“ gehen. Ob den Kollegen, die bisher in der Lage waren, für die über Minimum gezahlten Beträge entsprechend mehr Arbeit zu leisten, auch bei fortwährender Unterernährung dieses weiter möglich sein wird, bleibt abzuwarten. Ich für meinen Teil möchte es stark bezweifeln. Denn es muß doch auch unsere Prinzipale einleuchtend sein, je jünger die „Schlechte“ Ernährung anhängt, um so mehr nehmen die Körperkräfte ab und die Leistungsfähigkeit wird geringer.

Nun will ich noch der Hoffnung Raum geben, daß diese Zeilen nicht auch bloß ein papierenes Wunsch bleiben, sondern zur Tat geschritten wird im Interesse der gesamten Kollegenchaft. Eile tut dringend not! Efr. (Naumburg.)

Wilhelm v. Bode und die Buchdrucker

In der Weihnachtsnummer weist der „Storr.“ in gebührender Weise die Angriffe des Berliner Professors Gustav Roethe zurück, die dieser in einem Artikel „Büchertug und Büchernot“ des Scharfchen „Tag“ vom 19. Dezember 1920 gegen die Buchdrucker richten zu müssen glaubte. Unter der gleichen Überschrift behandelt nun in der Neujaahrsnummer des Scharfchen „Lohalanzeigers“ dieses unser Gewerbe mehr denn je interessierende Thema Geheimrat Wilhelm v. Bode, der frühere langjährige Generaldirektor der Staatlichen Museen. Im Gegenlage zu Professor Gustav Roethe hat sich bei Wilhelm v. Bode um einen Gelehrten von Welt, der durch die unter seiner Leitung herausgegebenen müßtergültigen Veröffentlichungen sehr viel zur Hebung unseres Gewerbes beitrug. Um so bedauerlicher ist es, daß ein solcher Mann seine im allgemeinen nur zu berechtigten Ausführungen gegen den sich immer breiter machenden Buchnotismus dazu benutzte, ohne vorherige genaue Information den Buchdruckern als den vermeintlichen Verleürern des Buches eins auszuweisen. Gleich im Anfang des angeführten Artikels läßt er nämlich einen Bibliophilen zur Entschuldigung des Bücherlurus u. a. anführen, daß das Papier ja freigegeben wäre und man davon so viel bekommen könnte, wie man wolle. „Es müßte nur sehr viel mehr gedruckt werden; unsere Druckereien könnten ja viel mehr leisten, wenn sie nicht meist nur vier Stunden im Tage arbeiten ließen. Worauf es wirklich weiter heißt: „Müssen aber acht Stunden bezahlen, fügte ich hinzu, und auch das muß natürlich das Publikum bezahlen!“

Die Gültigkeit des Verfassers vorausgesetzt, weiß man bei solch geheimräthlichem Instanz nicht, was man mehr bewundern soll: die darin dokumentierte Weltfremdheit des deutschen Gelehrten oder die naive Reichfertigkeit, mit der irgendwelche ausgehnappte „Informationen“ ohne jede nähere Prüfung als wahr hingestellt werden. Wie würde der Herr Geheimrat wohl jemand kennzeichnen, der auf dem Gebiete der „reinen Wissenschaft“ nach der gleichen Methode arbeitete? Ein Blick in den ihm leicht zugänglichen Deutschen Buchdruckerarif hätte ihn belehrt, daß nach § 1 Absatz 8 desselben bei einer Verkürzung bis zu 4 Stunden täglich 20 Proz., ab 1. April sogar nur 15 Proz. des ausfallenden Arbeitslohns zu entschädigen sind. Ein verheirateter Berliner Buchdrucker, der nur 24 Stunden wöchentlich arbeitet, erhält demnach die Hälfte seines tariflichen Lohns von 270 Mh., das sind 135 Mh., plus 20 Proz. gleich 27 Mh., zusammen 162 Mh., so daß ihm nach Abzug der wohl zu bezahlenden Versicherungen, Verbandsbeiträge und Steuern höchstens 140 Mh. verbleiben.

Daß diese geringe Entschädigung unbedeutend ist, wird Geheimrat v. Bode wohl selbst nicht behaupten wollen, besonders dann nicht, wenn er sich einmal eingehend mit der Frage beschäftigt, ob wirklich die Herstellungskosten es sind, die das Buch so verlieren (Autor, Papier, und Garbentextur, Buchbinder und Buchhändler) — also alle produktiven Stützen — erhalten zusammen noch nicht die Hälfte des vom Publikum zu zahlenden Buchpreises, oder ob es nicht der Handel ist, der zwar über die Hälfte für sich beansprucht, es aber meißterhaft verliert, die Schuld auf die „wahrhinnigen Forderungen der Produzenten“ abzuwälzen. Hier beim Handel wäre der Sebel zur Hebung der Büchernot einzusetzen.

und der Geheimrat selbst, daß er diesen Weg bei der Herausgabe der unzähligen illustrierten Kataloge, Führer, Postkarten usw. der ihm unterstellten Museen gegangen ist, die er selbst Jahrzehnten unter üblicher Ausschaltung des Handels direkt an die Museumsbesucher abgeben ließ. Für dieses Stück praktischen Sozialismus sind ihm Produzenten wie Konsumenten zu Dank verpflichtet, der aus um so freudigerem Herzen käme, wenn Herr v. Bode sich entschließen könnte, in Konsequenz seines eignen Sums mit uns den zum großen Teil unproduktiven Handel mit seinen die Grenzen des Erlaubten weit übersteigenden Gewinnen an den eigentlichen Verleürern des guten Buches zu bekämpfen.

Berlin. Fr. Pirix.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Herausgabe eines neuen Adressenverzeichnisses
Mitte Februar wird ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben. Die verkehrliche Genußstände werden ersucht, uns spätestens bis 1. Februar von Veränderungen in den Adressen der Bezirks- und Ortsfunktionäre Kenntnis zu geben.
Berlin. Die Hauptverwaltung.

Zur Beachtung!
In der „Kreistadt-Druckerei“ in Solzminde sind sämtliche Kollegen ausgesperrt. Vor Konditionsannahme wird gewarnt.
Hannover. Der Gauverband.

Adressenveränderungen
Grünberg i. Schl. Kaiserer: Gustav Forwerk, Berliner Straße 47.
Süß a. Rh. Vorstehender: Heinrich Janßen, Köln-Süd, Mittelstraße 1.
Langenlaga. Kaiserer: Rudolf Gräfer, Mühlhäuser Straße 13 II. Neubrandenburg i. Medab. Vorstehender: Paul Lembke, Kollender Straße 14 b.
Pardubitz (Mäh.). (Bezirk und O.) Vorstehender: Wilhelm Melchmann, Zehnerstraße 2 I; Kaiserer: Richard Söbber, Berliner Straße 1 par.
Rathenow. Vorstehender: Franz Markert, Ruppiner Straße 6 II; Kaiserer: Gustav Balle, Fehrbelliner Straße 24 I.
Serau (M.-S.). Vorstehender: Paul Thomas, Or. Ringstraße 1; Kaiserer: Richard Döggel, Lessingstraße 9.
Weinigerode a. Harz. Vorstehender: Hermann Schwarzwalder

Zur Aufnahme gemeldet
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
Im Gau in der Saale der Seher Heinrich Pfeiffer, geb. in Ringenbach 1885, ausgeh. in Friedland l. 23. 1903; war schon Mitglied. — Hugo König in Halle a. d. S., Kleine Klausstraße 7 I.

Veranstaltungskalender
Machen. Bezirksgeneralversammlung Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, zu Machen, im Vereinslokal Franz Zell, Golegatsch.
Braunschweig. Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Schützen Hof“.
Erfurt. Kreisversamml. Schriftführer: und Salvano-Plattner Hauptversammlung (Gau Thüringen) Sonntag, den 23. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Deutschen Bund“, Kirchschlager 29.
Saarbrücken-Willingen-Merzig. Generalversammlung Sonntag, den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Schwögelers-Wald“, Wilselstraße.
(Sitzung eine Beilage.)



Teilschuldverschreibungen

der Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg

Jederzeit erhältlich in Sätzen zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mh.

Zinsfuß im Jahre
5 1/2 Prozent

Gedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufragen bei der

Großhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg 1, Befensbinderhof 52.

Stereotyp

in Flach und Rund bewandert, sucht Stellung. Angebote unter Nr. 108 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeilen.

Typographseker

für A- oder B-Maschine, zuverlässiger Arbeiter und guter Maschinenkennner, ferner

Korrektor

mit guter Allgemeinbildung und sachmännlichen Kenntnissen zum sofortigen Eintritt gesucht. Wegen der Papierschwierigkeiten geborene Oberkassierer oder im Wollmanngeschäfte wohlbekannt Bewerber bevorzugt.

„Die schiefste Zeitung“, Weihen (D.-Schl.).

Rinothpeseker

für sofort gesucht. Verlagsanstalt Kirsch & Müller, O. m. b. H., Weihen (D.-Schl.).

Zwei tüchtige, selbständig arbeitende, ledige

Maschinenmeister

für Zeitung, Anzeigen- und Katalogdruck auf sofort gesucht.

Paul Ströling, Buchdrucker und Verlag der „Hörder Kreiszeitung“, Hörde a. S.

Teilzahlung

Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmucksachen, Bücher.

Kataloge amsonst a. portofrei liefern

Jonass & Co., Berlin A. 407
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Galvanoplastiker

Wichtig in allen vornehmenden Arbeiten, stellen sofort ein

Wacker & Mading, Würzen.

Rinothpeseker

ledig, sechsjährige Praxis, guter Seher und Maschinenkennner, sucht Stellung. (Gut wohnl) Weihen (D.-Schl.).


Walter Schimm, Buchh. i. Sa., Marktstraße 2.

Typographseker

Sucht sofort Stelle. Gängebote erbeilen an

1107

Bochler, Biberach a. d. R., „Schlügenheller“.



Teilzahlung

Uhren, Photoartikel, Musikinstrumente, Schmucksachen, Bücher.

Kataloge amsonst a. portofrei liefern

Jonass & Co., Berlin A. 407
Belle-Alliance-Strasse 7-10.

Gabelsberger

kann nur die Grundlage für die zu schaffende deutsche Einheitskurzschrift bilden. Lernet und löst diese Kunst und schließt Euch der Vereinigung stenographischer Buchdrucker an.

Vorstehender: W. Weddermann, Wollenbüchel, Schützenstr. 3, Bielefeld. Unterrichtsleiter: S. Mohr, Gimsborn (Soll.), Friedenstr. 40, Bielefeld. Eisen-Weil, Zerlindstr. 21 und Karl Reinhard, Wollenbüchel, Dierstraße 1. Bei Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Verbandsnadel

(V. d. B.) in edh. Email 5,50 Mh. empfiehlt A. Slegl, München 9.

Sehmashinen

bedarf: Sammlerkerne, -bänder, -gläser, Magazinbüchsen, Aktivatorpfeifen, Stralbüchsen, -Ersatzteile, -Wasserschläuche für Typograph.

Franz Müßig, Hülger-Gaßburg.

Alles Nähere über die Gemehschaft für Antennefreunde in Braunshweig, Scharnhorststr. 10, wird kostenlos zugefandt.

Segregale und Kästen

sowie Formregale, Segregale, Maßfische, Wägen- und Garbenschränke, Sahbrecher usw. liefern in bester Ausführung ab Lager

1182

Wegner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten der Vertriebspreis wegen des Verlagsgleich mit beifügen; bei Bezügen unter einer Mark Briefmarken, kein Stadtmogel.

Geschäftsstelle des „Storr.“

Maschinenband

Erbienisqualität, liefern

Wegner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.



OUX Beine

Beleitet schnell u. bequem Orthopädie hochinteressante, reich illustrierte Projekte umloht Orthopädie-Vorland

Friedrichs (Z.) 219

Sekerblusen

1a, blau/melch, lief. preiswert

Karl Strecker, Gerlestein 6 (Wülzburg).

Dankagung

Für die mir zu meinem 50-jährigen Verbandsjubiläum in Wort und Schrift dargebrachten Glückwünsche und Ehrungen sage ich allen Freunden, Sangesbrüdern und Kollegen meinen

herzlichsten Dank

Hamburg, 14. Januar 1921.

Albert Wendel.

Am 6. Januar verlor ich nach kurzem Krankenlager der Seherinvalide

1104

Emil Kemmel

aus Berlin, im 83. Lebensjahre. Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Kollegen der Norddeutschen Buchdrucker, Berlin.

Einjahrlungen an den „Storr.“ spenden für Deutschlands Buchdrucker auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 6123

Überwinder des Kapitals

Es ist wiederholt behauptet worden, unser Verband habe keinen Klassenkampfscharakter aufgegeben. Sogar „Beweise“ wurden dafür erbracht. Unre Carlpolitik und die Politik der Arbeitsgemeinschaften sollten daran schuld sein. Die Erziehung zu klassenbewußten Arbeitern soll im Verbandsverhältnis sein. Als Heilmittel wurde uns der kommunistische Frank aus der Moskauer Küche vorgelegt. Die Unzuliebeheit mit den Lebensverhältnissen schul den Moskauer Propheten ein Meer von — Nachbetern. Der Frank aus Moskau wirkt beruhigend; ich denke an den Blutraub, den Hans Heinz Ewers in seiner „Tomatenfauce“ uns so prächtig schildert. Einfließen hält der Rausch noch an. Die Mehrzahl der Buchdrucker aber beruhigte sich nicht, sondern trat nüchternen Blickes für den Tarif ein und bekundete damit, daß sie weiterbildend ist als jene Minderheit der Schwärmer. Werden diese Kollegen Überwinder des Kapitals sein oder jene? Ich sage: niemand von beiden! Nur gemeinsam werden sie das Ziel erreichen, gemeinsam mit allen Arbeitsbrüdern der gesamten Erde!

Wie weit entfernt sind wir von dieser Gemeinsamkeit! Wird jemals sie erreicht? Ich zweifle daran; ich zweifle so daran, wie ich auch zweifle an der „Erziehung zur Gerechtigkeit“ der ganzen Menschheit, die uns der Weichnachtsartikel im „Storr.“ so wunderbar schilderte. Und was berechtigt mich zu meinem Zweifel? Die Zwietracht der Bedrückten und die Einigkeit des Kapitals! Beweise für die Zwietracht der Bedrückten erfahren wir tagtäglich; die arbeitenden Brüder sind dunkelrot und blutrot, bedrückt und rüchlich, rot und gelb, schwarz und blau. So ist's in allen Ländern auf der ganzen Erde. Das Kapital jedoch ist wahrhaft international und einig; es kennt nur eine Farbe: Gold! Auch die Kapitalisten kämpfen miteinander, aber anders als die Arbeiter. Wenn ihr Kampf den Höhepunkt erreicht, dann verschmelzen sie die Unternehmungen.

Grellen wir uns eine Gruppe des Kapitals heraus. Der Kampf um die Petroleumfelder des Erdballs beschäftigt seit Monaten die kapitalistische Presse der ganzen Welt. Das Gros der Arbeiter aller Länder steht stumm und stumm dabei. Auch um die Kohle kämpft der internationale Kapitalmarkt. Kohle und Petroleum sind wichtige Wirtschaftsgüter; um sie also geht der Kampf!

Am Weltmarkt für Petroleum ist es, in den letzten Jahren mehr und mehr zu einer vollkommenen Verkrüppelung gekommen, schreibt die „Vossische Zeitung“. Es sind lediglich zwei Gesellschaften, die nahezu die ganze Petroleumproduktion kontrollieren, nämlich die amerikanische Standard Oil Comp. und die englisch-französisch-holländische Royal Dutch and Shell Comp. in London bzw. Haag. Die Standard Oil Comp. steht der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft nahe. Die deutsche Wirtschaft wird in der Hauptsache von der Deutschen Erdöl-W.G., der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft, den Mineralölwerken Rhénania in Düsseldorf und durch die Deutsche Petroleum-W.G. mit Petroleum versorgt. Die Deutsche Erdöl-W.G. beabsichtigt, ihr Aktienkapital zu verdreifachen. Bei der Deutschen Petroleum-W.G. ist eine ähnliche Transaktion im Gange.

Im Petroleum betrug die deutsche Friedenszeugung etwa 130 000 t jährlich, wovon ungefähr 80 000 t auf die einseitige Erzeugung, der Rest auf die hannoverschen Gebiete (bei Peine) entfielen. In bezug auf Petroleum sind wir mehr denn je in die Abhängigkeit des Auslandes geraten, zumal wir durch den Friedensvertrag untrüglichen Einflusses auf die internationale Petroleumwirtschaft nahezu gänzlich beraubt wurden; mühen wir doch z. B. um die ganzen Anteile an der Steaua Romana auszuliefern. Der Mangel an Rohpetroleum lehrte Stein- und Braunkohle in zweifelhafte Weise zu verwerten. Die deutsche Forschung ist daran in erster Linie beteiligt. Hauptächlich ist es Geheimrat Fischer mit seinem Mitarbeiter Grund von Kaiser-Wilhelm-Institut, der auf dem Gebiete der Steinkohlenforschung bewundernswürdige Entdeckungen machte. Auch die gesamte chemische Industrie hat große Verdienste, zumal an der Teerverarbeitung. Erwähnt sei hier das Konsortium für Kohlechemie, bestehend aus der Gruppe Kienle-Donnersmarch, Ed. Goldschmidt und Robert Friedländer, das auch die Aktien der Erdöl- und Kohlewertungs-W.G. in Berlin in Besitz hat, ferner die W.G. für Brennstoffverwertung, an der in der Hauptsache die Oberschlesischen Kohlewerke und Chemischen Fabriken in Berlin und die G. m. b. H. Erhardt & Scherer in Saarbrücken beteiligt sind. Die Entdeckungen der neueren Zeit liegen hauptsächlich auf dem Gebiete der Braunkohlenverwertung. Neben dem seit längerer Zeit gebräuchlichen Schwelverfahren fand das Berginverfahren und das Generatorverfahren erfolgreiche Anwendung. Bei dem sogenannten Berginverfahren, benannt nach seinem Erfinder Dr. Bergius, dem jetzigen Generaldirektor der Erdöl- und Kohlewertungs-W.G., werden aus schweren Kohlenwasserstoffen und Kohle leuchtstoffige Öle und Benzine gewonnen. Das Schwelverfahren wird hauptsächlich von den A. Albedischen Montanwerken in Halle

benutzt. Neben großen Mengen Paraffin werden Puh., Holz-, Schmier- und besonders wichtige Gasöle gewonnen. Die leichten dienen hauptsächlich als Betriebsstoff für den Dieselmotor. In dem Generatorverfahren, das vorzugsweise in den Kottler Anlagen (Sachsen-Altenburg) der deutschen Erdölgesellschaft angewendet wird, entleeren Schmir-, Holz- und Gasöle neben Paraffin. Das Ausland interessiert sich lebhaft an den Entdeckungen deutscher Wissenschaft und Technik, von denen die gesamte malchinentechnische organisierte Weltproduktion profitiert. Es hat sich z. B. England mit erheblichen Mitteln finanziell an der Gewinnungsmethode leuchtstoffiger Öle und Benzine auf Grund des Berginverfahrens beteiligt. In Benzol und Benzoln bedarf die deutsche Wirtschaft je nach dem Beschäftigungsgrade der Industrie gegenwärtig monatlich 25 000—50 000 t. Ingefahr die Hälfte dieser Menge entfällt auf Benzol. Neben dem elementaren Brennstoffbedarf für Kraftwagen, Flugzeuge und die Motoren von Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft werden noch große Mengen von der chemischen Industrie (Farbstoffe und pharmazeutische Artikel), von der Kautschukindustrie, von der Zuckerindustrie (Sacharinderstellung), von der Lederindustrie (zur Anfertigung der Häute), endlich der Kunstleder- und von anderen Industrien verbraucht.

Ein neuer „Menschheitsfreund“, der Großindustrielle Ford aus Amerika, will den deutschen Landwirten den sogenannten Motortraktor verkaufen, nachdem die amerikanische Landwirtschaft dafür nicht mehr aufnahmefähig ist. Als Betriebsstoff wird Benzol oder Petroleum gebraucht. Der Preis ist geringer als beizulegen der Preis für ein Pferdgespann, die Leistung aber dochwerlicher. Unter Umständen würde dadurch eine Verbilligung der Erzeugerhosen und damit der Lebensmittel herbeigeführt werden, wenn nicht — der Kapitalismus längt keine Blüten auch in der Landwirtschaft treibe. Den Haler für seine Pferde baut der Landwirt selbst; hat er zu wenig Safer, dann stillt er ohne Bedenken trotz aller Verbote und Strafandrohungen Brotgetreide; denn hängen kann man nur den, den man kriegt. Den Betriebsstoff für die Motoren aber muß er kaufen, und wenn der Bauer Geld ausgehen soll, dann wird selbst der harmloseste ungemütlich. Mir erkläre ein ostpreussischer Landwirt mit zynischer Offenheit: „Wenn ich für den Dreck von Wagenchmiers 15 Mk. bezahlen soll für das Pflund, dann schmiere ich meine Wagen und Maschinen lieber mit Butter; da verfaule ich mir wenigstens nicht das Liebeswert!“

Was kümmert den Landwirt die „Menschheit“, der andere Menschen! Die Lehre der großen Gerechtigkeit gegen die Menschheit prallt bei ihm ebenso ab wie an den steinernen Herzen der Großkapitalisten, die nur auf ihren Vorteil bedacht sind. Die idealen Prediger dieser Gerechtigkeit können wohl Steine erweiden, aber nicht Menschenherzen, die von Raffgier und — vom Hunger verhärtet sind. Es war, es ist und es wird niemand zufriedener, zu keiner Zeit, weil die Gerechtigkeit niemals vorherrschend war oder vorherrschend sein wird, weil die Erde mit Menschen bevölkert ist!

Die tiefste Erbitterung herrscht jetzt überall darüber, daß die großen Volksteuergesetze so völlig auf dem Papier geblieben sind. Das Volk hat kein Verständnis — und will keins haben — für die technischen Schwierigkeiten der Durchführung dieser gewaltigen Vermögens- und Gewinnerlassungen. Es muß jeden Versuch der Erläuterung dieser Schwierigkeiten als ein Schwindelstreben zugunsten der reichen Leute ansehen. Warum gelingt es, andre weittragende Gesetze im Handumdrehen zu schaffen? Warum werden diese reich durchgeführt? Ja, es ist Sabotage, es steckt Solidarität der bestehenden Klassen dahinter! Sehen wir dieser Solidarität den Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft der Erde gegenüber, aber aller Arbeiter; dann haben wir den Überwinder des Kapitals!

Wie weit ist der Weg dahin, wie groß ist das Geld, das der Beachtung bedarf? Deutschland hat die größte Zahl der Organisierten, steht also an der Spitze. Aber wie steht es hier aus? Traurig, mehr als traurig! Wegen einiger Großen Beitrag kehrt man keiner Organisation den Rücken; wegen Unzufriedenheit mit dem Erreichten tritt man aus der Berufsvereinigung aus; wegen der Prinzipienretterei „London der Moskau“ pudelt man sich an. Dem großen Führer Degler, der sein ganzes Leben dem Zusammenhülle der Arbeitermassen widmete, werlen Arbeiter noch Dreck ins Grab hinein! „Arbeitervertreter“ sind sie, die sich um die Organisation und Aufklärung der Massen bemühen, „aufrechte und mutige Kerle“, die den Spaltplatz in die Organisationen tragen! Es ist zum Schreien.

Kern aus dem Selbstgehen sollten wir alle, und dazu wollen auch die wirtschaftspolitischen Betrachtungen dieses Aufsatzes mit beitragen: Erkenntnis der Notwendigkeit einer geeinten Arbeiterschaft, die nur in machtvollem Zusammenhülle zum Überwinder des Kapitals werden kann!

Berlin.

Frans Jofag.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabriker-Verein.) In der Generalversammlung am 2. Januar gedachte der Vorsitzende mit warmen Worten des Ablebens Carl Deglers. Die Versammlung ehrte das Andenken ihres großen Führers durch Erheben von den Plätzen. Der hierauf vom Kassierer gegebene Stellenbericht über das vierle Quartal 1920 weist nach einer Einnahme von 4791,86 Mk. eine Ausgabe von 1376,25 Mk. auf, so daß am Ende des Jahres ein Bestand von 3415,61 Mk. vorhanden war. Zu dem gedruckten vorliegenden 20. Jahresberichte des Vorstandes gab der Vorsitzende noch einige Erläuterungen, dabei erwähnend, daß vor 20 Jahren bei Gründung des Vereins 18 Kollegen das Gekostete haben, von denen 7 noch Mitglied sind. Den Gründern sowie allen Funktionären und Vertrauensleuten in dieser Zeit sagte er herzlichsten Dank, ebenso den gratulierenden Brüdervereinen. Unter Zustimmung der Versammlung ist vom 1. Januar ab ein neuer Modus beim Einkassieren der Beiträge in Kraft getreten, und zwar wird ein wöchentliches Beitrag von 30 Pf. erhoben, der mit dem Verbandesbeitrag abzurechnen ist. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß im Mai eine Wanderversammlung in Rauen geplant ist, wo gleichzeitig die Funktionäre besichtigt werden soll. Die Wahlen des Vorstandes, der Revisoren und Kommissionen erledigten sich glatt. Als Kandidaten zur Wahl der Zentralkommission wurden 14 Kollegen aufgestellt. Zwei Neuaufnahmen erfolgten. Am 23. Januar findet eine Vertrauensmännerversammlung statt. Nächste Versammlung am 6. Februar.

Bonn a. Rh. In der Gründungsversammlung zur Bildung einer Bezirkslehrlingsabteilung, der eine allgemeine Elternversammlung vorausgegangen war, erläuterte Bezirksvorsitzender Waldus die durch die Lehrlingsorganisation aufgestellten Ziele und machte die Erschienenen mit den Rechten und Pflichten bekannt. Gleichzeitig zeichnete er in klaren Umrissen ein Bild der tariflichen und organisatorischen Entwicklung des Verbandes und ermahnte die Lehrlinge zur regen Anteilnahme an den Versammlungen und Veranstaltungen der Lehrlingsabteilung, um sie nicht allein zu lächlichen Geblissen, sondern auch zu tüchtigen, selbstbewußten Verbandsmittgliedern herauszubilden. „Allgemeiner Beifall“ lobte die trefflichen Ausführungen des Vortragenden. In den Bezirkslehrlingsausbüß wurden drei Kollegen und als Leiter der Abteilung Kollege Poland gewählt. Die diesjährige Prinspalität hat es sonderbarerweise abgelehnt, Mitglieder in den Ausschub zu delegieren.

Breslau. Die außerordentliche Generalversammlung, die bezeichnend schwach besetzt war, beschäftigte sich nach drei Ausnahmen mit der ersten Lesung ihres neuen Ortsvereinstatuts, welches als wesentliche Abänderung die Einführung der Vorstandswahl durch Abstimmung enthalten soll. Die zugunsten der Arbeitstolen eingeleitete freiwillige Sammlung ergab erfreulicherweise den Betrag von 5965 Mk., welche nach Hinzufügung von 1000 Mk. aus der Ortskasse unter die Arbeitstolen und inwärtigen Kollegen in der Weihnachtswoche durch eine Kommission zur Verteilung gelangen sollen. Auch die hiesigen Prinsipale haben eine Sammlung für die Arbeitstolen veranstaltet.

Duisburg. Am 18. Dezember fand unsere Monatsversammlung statt. Vorsitzender Palsch stellte unter „Gleichgültigen“ das Ergebnis der Abstimmung über den Tarif für den Bau Rheinland-Westfalen mit. Weiter machte er Mitteilung von dem Ende des Düsseldorf-Streiks, der leider, nach den bisherigen Nachrichten, mit einer vollen Niederlage der Kollegen beendet habe. Neben bemerkte, daß das Ergebnis des Streiks erst dann zu erörtern sei, wenn die nächsten Einzelheiten bekannt würden. Zur Sammelkassen sind in Duisburg über 1000 Mk. gesammelt. Der Bestand der Ortskasse beträgt nach dem Bericht des Kollegen Eweltmann 6870,61 Mk. Im Anschluß daran wurden anlässlich des Weihnachtsfestes für die Witwen und Kranken je 100 Mk. aus der Ortskasse bewilligt, außerdem für eine Witwe und zwei kranke Kollegen, die in brüderlicher Hülfe sind, je weitere 100 Mk. — Am 27. November konnte unser Ortsverein sein 53. Stiftungsfest begehen unter recht zahlreicher Teilnahme der Kollegen. Verbunden wurde die Feier mit einer Ehrung der Jubilare, die 25 Jahre dem Verbands die Treue bewahrt. Es sind dies folgende sechs Kollegen: B. Albrinck, G. Dannhauer, B. Bild, B. Lenz, Jean Rix und S. Wandhoff. Der Vorsitzende überreichte mit einer entsprechenden Ansprache den Jubilarkollegen je ein vom Kollegen S. Schumachers künstlerisch ausgeführtes Diplom. Das Fest verlief in harmonischer Weise.

Götha. Die letzte Bezirksversammlung war trotz der Verkehrsschwierigkeiten gut besucht. Vorsitzender Staub hielt sämtliche Erschienenen herzlich willkommen. Nach Erlebung verschiedener Bezirksangelegenheiten wurde der Stellenbericht für die beiden letzten Quartale entgegengenommen. Das Hauptinteresse bot ein Referat des Kol-

egen Prox (Weimar) über die letzten Tarifverhandlungen. Die Vorstandswahl ergab die fast einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

-ch. Hannover. In unrer letzten Mitgliederversammlung im alten Jahre, welche am 29. Dezember im „Volksheim“ stattfand, hatte der Vorsitzende, Kollege Lüdicke, wieder die betrieblende Mitteilung von dem Tod eines Kollegen zu machen, der sich im Feld ein Leben zugezogen hatte, von dem er sich nicht wieder erholen konnte. Sodann gedachte der Vorsitzende in anerkennenden Worten des für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zu früh entschlafenen Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes, Carl Tegien. Die Versammlung ehrte das Andenken an die Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Nach Bekanntgabe einiger „Vereinsmitteilungen“, u. a. daß unser arbeitsloser Kollege eine Weihnachtsbeihilfe aus der Kasse des Lokalvereins gewährt wurde, erhielt unser Gauvorsitzer Bilingst das Wort zu seinem Vortrage: „Nach der Urabstimmung“. Er verstand es, in klarer Weise die Nachteile einer tariflosen Zeit, wie solche in den 90er Jahren bestand, und die Vorteile, welche uns aus der Annahme des neuen Tarifs erwachsen, zu schildern. Diejenigen Kollegen, welche gegen die Annahme gestimmt, seien nicht durchweg prinzipielle Gegner, sondern viele seien durch die zuletzt gewährte minimale Steuerungsulage verärgert. In unserm Gau seien es hauptsächlich die Kollegen in den kleineren Orten. In der Diskussion wurde allgemein die so niedrig bemessene Steuerungsulage kritisiert, die in gar keinem Verhältnis zu der gegenwärtigen hohen Steuer der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände steht; andererseits wurden lobend aber die vielen „nachabzulesenden Beispiele“ hervorgehoben, die uns zeigen, daß die einschlägigen und sozial-empathischen Prinzipale auf diese Weise ihren Gehilfen über die traurigen Verhältnisse in etwas wenigstens hinweghelfen wollen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 29. Dezember 1920 abgehaltene Versammlung der Mitglieder des Lokalvereins Hannover des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beschloß sich in eingehender Weise mit der letzten vom Tarifausschuß festgelegten Steuerungsulage und erklärt, daß dieselbe in keiner Beziehung geeignet ist, die Notlage der Gehilfen abzumildern, um so weniger, als die Erlassenmöglichkeit für die Gehilfenschaft sich von Tag zu Tag noch weiter verschlechtert hat. Die Versammlung fordert daher, daß seitens der beruflichen Organisations- und Tarifkreisvertreter sofort die erforderlichen Schritte unternommen werden, um durch den Tarifausschuß eine der wirklichen Notlage der Gehilfen entsprechende Erhöhung der Steuerungsulage zu veranlassen. Wenn auch die Mitglieder des Lokalvereins sich mit einer Zweidrittelmehrheit für die Annahme des Tarifs entschieden haben, so steht die Gesamtheit der hannoverschen Gehilfenschaft doch einmütig auf dem Standpunkte, daß bei einem weiteren Verharren der Prinzipalität bezüglich der Gewährung unzureichender Erlassenmittel die Tarifgemeinschaft aus übertriebener Gefährdung ist, da die Gesamtgehilfenschaft erwartet, daß die Tarifgemeinschaft in erster Linie beiden Vertragsparteien die Erlassenmöglichkeit gewährt werden muß.“ Zum Schluß fand noch die Ausstellung der Kandidaten für die Tariffunktionäre und des Kreisleitungsamtschuldes statt.

Rundschau (Wecht). (Berichtigung.) In dem in Nr. 141 (1920) des „Korr.“ erschienenen Berichte der Bezirksversammlung Süd-West-Mecklenburg wurde unter „Berichte aus den Ortschaften“ geschrieben, daß Kollege nicht die achttündige Arbeitszeit innehielten, als Maurerhandlanger tätig seien und angeblich sich auch die Arbeitsstunden nicht bezahlen ließen usw. Dies muß nun insofern richtiggestellt werden, als diese Zustände anders ausgelegt wurden bei der örtlichen Aussprache und die Kollegen dort sich nichts haben zuschreiben lassen, was wieder zu einer friedlichen Vereinigung führte.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. In Altona (Elbe) überreichte die Buchdruckerei Hermann Jürgenjen jedem Angehörigen eine Weihnachtsgabe von 200 Mk. — In Kreuzburg (O.-Schl.) gewährte die Buchdruckerei E. Schielmann („Kreuzburger Zeitung“) eine Weihnachtsgabe von je 125 Mk. den Gehilfen, den Lehrlingen das doppelte Kopfgeld und dem Hilfspersonal je nach Dauer der Beschäftigungszeit 30—100 Mk. — In Saarbrücken gewährte die Buchdruckerei S. Strius dem Personal eine Weihnachtsbeihilfe von je 200 Mk.; außerdem zahlte die Firma die vollen Krankheitskostenbeiträge. — In Weimar gewährte die Buchdruckerei Fr. Rollich Nachfolger (Geb. Joh. Keiperl) ihrem Personal 50 Mk. als Weihnachtsgabe. — In Jena gewährte die Druckerei der kommunikativen Zeitung „Die Neue Zeit“ kurz vor Weihnachten Beihilfen von 100 bzw. 60 Mk. und einige Zeit vorher die Drucker der mehrbeisozialistischen Zeitung „Das Volk“ den Verheirateten eine Beihilfe von 50 Mk. zur Kartoffelbeschaffung. — In Berlin zahlte die Berliner Galvanoplastische Anstalt den verheirateten Gehilfen zu Weihnachten eine Beihilfe von 100 Mk., ledige Gehilfen und Hilfsarbeiter erhielten 60 Mk., die Lehrlinge erhielten je nach Dauer der zurückgelegten Lehrzeit bis zu 30 Mk. Im vorigen Herbst zahlte die Firma je 100 Mk. als einmalige Beihilfe. — In Eberswalde spendete C. Müllers Buchdruckerei aus Anlaß der Herausgabe der 3000. Nummer des „Eberswalder Offertenblattes“ und des 75jährigen Jubiläums des „Märkischen Stadt- und Landboten“, dessen Feier feierlich der Kriegsverhältnisse wegen verschoben wurde, den Betrag von

50000 Mk. für einmalige Beihilfen an das Gesamtpersonal. Vom technischen Personal erhielten die verheirateten Angehörigen einen doppelten Wochenlohn, die ledigen einen einfachen extra bezahlte. Das taugmännliche Personal erhielt ein halbes bzw. ein Viertel des Monatsgehalts extra; die Lehrlinge wurden mit 50 Mk. bedacht und die Zeitungsblätter gleichfalls nicht vergessen. — In Remscheid gewährte die Buchdruckerei „Verlagsgenossenschaft Bergische Volksstimme“ den Verheirateten 200, den Ledigen 135 und dem weiblichen Hilfspersonal 50 Mk. als Weihnachtsbeihilfe.

Für reisende Kollegen. Der Ortsverein Heide (Hollt.) gewährte den durchreisenden Kollegen freies Nachquartier und Morgenkaffee; in Potsdam wird gleichfalls freies Nachquartier gewährt.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Hanau a. M. wurde Kollege Artur Rautenberg als Stadtverordneter gewählt. — In Aachen wurden die Kollegen Emil Sangan als Schworener und Peter Greven als Schöffe für das Jahr 1921 ausgelost.

Meisterprüfung. Vor der Meisterprüfungskommission für die Provinz Eastenburg legte Kollege Johannes Wilhelm Schmitt aus Seppenbeim a. d. W. die Meisterprüfung mit Erfolg ab.

Anmeldung zur Gehilfenprüfung in Berlin. Zu den Gehilfenprüfungen der im April und Oktober ausserordentlichen Lehrlinge (Seher, Drucker, Stereotypen, Galvanoplastiker und Stempelfeher) aus den Stadtteilen Berlin, Berlin-Nichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln sowie den Landkreisen Seltow und Nieder-Barnim nimmt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Buchdruckereibesitzer Alfred Forsberg, in Firma E. Düringhofen, Berlin NO 18, Nichtenberger Straße 17, jeden Donnerstag von 3 bis 6 Uhr entgegen. Bei der Anmeldung sind mitzubringen: ein selbstständig verfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf des Prüflings auf Reichsformatbogen, eine Zeichnung des Lehrherrn, von wann bis wann die Lehrzeit währte, das Abgangszeugnis der Pflichtfortbildungsschule und die Prüfungsgebühr in Höhe von 18 Mk.

Betriebsratskonflikt in der Reichsdruckerei. (Berichtigung.) Zu den in Nr. 1 an dieser Stelle veröffentlichten Mitteilungen über einen Konflikt des Betriebsrats der Reichsdruckerei mit der Direktion, der zur Amtsniederlegung des betreffenden Betriebsrats führte, bittet uns die Direktion letztzufallen, daß die dem Streitfall zugrunde liegende Direktionsverfügung nicht ohne vorhergehende Fühlungnahme mit dem Betriebsrat erlassen worden sei. Es sei in der Reichsdruckerei eine feststehende Regel, daß bei allen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffenden Anordnungen dem Betriebsrat die Gelegenheit geboten wird, Stellung zu nehmen und Einwürdungen vorzubringen; solche Entwürdungen werden stets mündlich besprochen mit dem Bestreben, eine Einigung zu erzielen. Dieser Weg wurde auch in dem beanstandeten Fall eingehalten. Wenn es liebe sich an Hand schriftlicher Unterlagen nachweisen, daß der Entwurf der fraglichen Verfügung dem Betriebsrat mehrere Tage vorgelegen hat, und daß auf dessen Eruchen vom 29. November am 7. Dezember eine Besprechung mit dem Vorsitzenden des Betriebsrats und des Arbeiterrats stattgefunden hat, bei der allerdings eine völlige Einigung nicht erzielt werden konnte. Die dergest vorliegenden Verhältnisse hätten es jedoch notwendig gemacht, die beanstandete Verfügung auch ohne die Zustimmung des Betriebsratsschusses herauszugeben. Daß die Direktion bestehende Abmachungen gebrochen habe, treffe daher nicht zu. — Demgegenüber hätten wir zu bemerken, daß wir aus den diesbezüglichen Mitteilungen des Betriebsrats an die Arbeiterpresse nur einen stark gekürzten Auszug veröffentlicht haben, weil wir der Ansicht sind, daß wir gegebenenfalls auch Einwendungen der Betriebsräte anderer Buchdruckereibetriebe aus Gründen der Gleichberechtigung den Lesern des „Korr.“ zur Kenntnis bringen müssen; weshalb wir von vornherein aus praktischen Gründen aus der hier in Frage kommenden Einwendung nur das Wesentliche im Allgemeininteresse zum Ausdruck brachten, um nicht für spätere Fälle auf diesem Gebiet einen Präzedenzfall für völligen Abdruck solcher Einwendungen zu schaffen. Solche Kürzungen zwingen aber dazu, verschiedene Fragen, die eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen, zusammenzugreifen, sowohl der Kürze als des Raumes halber. Da nun die Direktion sich verpflichtet fühlt, festzustellen, daß sie die dem Streitfall in der Hauptsache zugrunde liegende Verfügung nicht ohne Kenntnis des Betriebsratsschusses veröffentlicht habe, und deshalb aus einem Bruche bestehender Abmachungen nicht gesprochen werden könnte, so sehen wir uns veranlaßt, zum Nachweis unserer Objektivität nachträglich noch festzustellen, daß in der Zukunft des Betriebsrats der Reichsdruckerei vom 20. Dezember v. J. an die Arbeiterpresse u. a. auch folgender Satz enthalten war: „Entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten hat die Direktion ein Nachrichtenblatt herausgegeben, ohne den Betriebsratsschuss davon in Kenntnis zu setzen. Das bedeutet einen glatten Bruch der erst kürzlich mit der Direktion getroffenen Vereinbarungen, die belagen, daß alle Bekannmachungen und Verfügungen der Direktion im Entwurfe dem Betriebsratsschuss vorgelegt werden, der bei etwaigen Bedenken eine Besprechung mit der Direktion herbeiführen soll.“ Daraus geht hervor, daß wenn auch bezüglich der streitigen Verfügung kein Bruch irgendwelcher Vereinbarungen über vorherige Besprechung oder Veröffentlichung vorliegt, dies doch bezüglich des Nachrichtenblattes vom Betriebsrat mit aller Deutlichkeit behauptet wird. Wir überlassen es daher den Lesern des „Korr.“, durch einen Vergleich unrer Notiz in Nr. 1 mit der vor-

liegenden Berichtigung selbst zu beurteilen, inwieweit lebere ihre volle Berechtigung hat. Daß die Direktion in Folge der parteipolitischen Gliederung des früheren Betriebsrats mit besonderen Schwierigkeiten zu rechnen hatte, die nach unrer Auffassung auch nicht in allen Teilen im Interesse der Arbeiterchaft liegen dürften, glauben wir nicht bestreiten zu dürfen; wir haben daher auch schon in Nr. 1 darauf hingewiesen, daß eine Zusammenlegung des Betriebsrats nach rein gewerkschaftlichen Grundsätzen viel zweckmäßiger für die Arbeiterchaft wäre. Diesen Standpunkt vertreten wir selbstverständlich auch heute noch.

Die tarif- und arbeiterfeindliche Buchdruckerei W. Grewe in Berlin. Aus dem Verzeichnisse der tariflosen Buchdruckereien ist die Firma W. Grewe (Inhaber Max Palch) in Berlin SW., Ritterstraße 50, gezeichnet worden und das gesamte Personal hat den Betrieb verlassen. Fortgesetzte Differenzen zwischen Personal und Firma, die ständig einen schrillen „Herr-im-Hause“-Standpunkt einnahm, sich weder Entscheiden des Tarifschiedsgerichts und des Tarifamts, ja nicht einmal Schiedsgerichten des Schlichtungsausschusses oder des Gewerkschaftsrichters fügte, weshalb die ordentlichen Gerichte zur Anerkennung der Rechte des Personals anrufen werden mußten, charakterisieren das Verhalten dieser Firma gegenüber der Arbeiterchaft als geradezu skrupellos und in seinem Ausmaße beispiellos. Kollegen, die 20—30 Jahre im Geschäft tätig waren, wurden mit der Begründung entlassen, daß sie zu alt geworden seien; es wurde ihnen eine lächerlich geringe Summe als Gnadengeld angeboten, aber selbst diese sollte noch von dem persönlichen guten Willen des Herrn Palch abhängig sein; wobei insbesondere der Verzicht auf jeden weiteren Anspruch der ausgeübten Arbeitsveteranen maßgebend in Frage. Dabei hatte dieser Herr schon oft die Kühnheit, auf angelegte Wohlhabensleistungen seiner Firma zu pochen, wobei es sich aber meist um sehr delikate Täuschungsversuche gegenüber Behörden handelte, um deren Druckaufträge zu ergattern. Im Prinzipalsorgan wurde dieses Verhalten schon Ende 1919 in einem besonderen Artikel „Schmiergelder oder Stellungen“ an den Pranger gestellt. Die Firma verlor nun ihren Betrieb unter anderem Namen fortzusetzen. Zum Beispiel werden unter der Adresse Sadorff & Co., Ritterstraße 50, die jedoch nur Lichtdruckabteilung ist, Kräfte gesucht. Auch die Deutsche Kassenblockgesellschaft ist ein Zweigbetrieb dieser Firma, unter deren Adresse neue Arbeitskräfte gesucht werden. Arbeiter, die sich ihrer Menschenwürde noch bewußt sind, können dieser Firma ihre Kräfte nicht mehr zur Verfügung stellen. Die Entscheidung der Firma aus dem Verzeichnisse tarifloser Buchdruckereien verbielt ohne weiteres jedem tariflosen Buchdrucker und Hilfsarbeiter die Annahme einer Stellung bei dieser Firma, weshalb in Anbetracht der Adresse dieser arbeiterfeindlichen Firma die Anfragepflicht beim zuständigen Gauvorstande unter allen Umständen zu beachten ist.

Berichtsfälligkeit oder Druck? Unter vorstehender Überschrift beginnt der „Graphische Materialienmarkt“ in seiner Nr. 52 v. J. mit einem dieser Zeitschrift vertragsmäßig allein übertragenen Abdruck einer Sammlung „Werbetragen“, deren Verfasser der bisherige Direktor des literarischen Bureaus des Leipziger Messeamts, S. Bedemann, ist. Diese etwas eigenartige Begegnung des Abdruckrechts solcher im Interesse aller Gewerbetreibenden liegenden Verhandlungen verbielt uns, eine genauere Widergabe der in Frage kommenden Gesichtspunkte, weshalb wir uns nur auf die Feststellung beschränken können, daß der Verfasser in diesem Aufsatze zu dem Schluß kommt, daß die ehrliebe Druckfache auch für das unmittelbare Angebot an viele Empfänger wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden sollte, weil sie für den unbefangenen Betrachter viel schöner wirkt als der Schreibmaschinenbrief.

Internationaler Genossenschaftstag. Auf Mitteilung der „Konkurrenzgenossenschaft Korrespondenz“ wird vom 21. bis 25. August d. J. in Basel nach Verlauf von acht Jahren wieder ein internationaler Genossenschaftstag stattfinden.

Verschiedene Eingänge

„Die Woche.“ Sozialistische Halbmonatschrift. Herausgegeben von Harous. Nr. 40 u. 41. 6. Jahrgang. 2. Band. Preis 1,50 Mk. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.

Briefkasten

G. J. in S. M.: Wirres lagert Ihr Artikel schon längere Zeit, aber das haben wir ja vorausgesehen. Dieses Thema ist vorgelassen, es kommt auch noch anders dazu, es war eben nur noch nicht möglich, auf die Angelegenheit der „Korr.“ diese Materie zu sehen, weil immer dringenderes Material sich einstellte. Ein Antwortpunkt wollten wir aber doch nicht machen. Also noch ein Weichen Geduld. — W. B. in M.: Werden darauf in einem späteren Arbeitslosentartikel eingehen, vorerst wird unter Behandlung einer einwilligen nur berührten Stelle noch einmal mit Eifer operiert werden. — G. J. in S. M. und Betrachterparter Aus fröh. Gedanken in solchem, aber nicht so bis hinflankieren Rechte haben wir die Bedingung, daß es auf dieser Richtung Welt doch immer noch Menschen gibt, deren Stern unverfälscht gut bleibt, was unser Verband auch seinen inneren Fall bewahren wird. Das ist vom Nebenbuck zu sagen und für überall zu erwarten. — M. H.: Derartige Doppelwertzeuge sind schon mehrfach aufgetaucht, haben sich aber noch in keinem Falle bewährt und sind bald wieder vom Markt verschwunden, ihren „Erfindern“ große Anholten hinterlassen. — W. B. in S. M.: Bedauern, Ihnen in dem Falle nicht mit Rat und Tat zur Hand gehen zu können. Die Gewerkschaften liegen in den angelegten Ländern genau so fruchtig wie bei uns. — H. B. in M.: Sie haben in Ihrem Schreiben Angabe der Adresse vergessen; wir müssen darauf schriftlich antworten. — Norwegen: 5,50 Mk.

Zweites Feststellen der Gestalt des Arbeitsmarktes im ersten Stadium des neuen Tarifs erschien mir, die in dem Artikel „Die örtliche Ausbreitung der Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe“ (Nr. 3 d. G.) auf Seite 2 unten und Seite 3 oben ausgeführte Bitte am 15. Januar genau zu beachten und für Einwendung der Angaben bis zum 19. Januar an uns besorgt zu sein. Spätere Einwendungen verlieren ihren Zweck. Die Redaktion.